

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Beitragungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Inserations-Bedingungen
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1509.

Mittwoch den 30. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Kommunalverwaltung und Wohnungs- Reform.

Immer wieder muß auf die Pflichten und Möglichkeiten hin-
 gewiesen werden, welche den Kommunalverwaltungen hinsichtlich der
 Fürsorge für Volkswohnungen zufallen. Allerdings sind die Voll-
 machten der Gemeinden in Deutschland und speziell in Preußen in
 verschiedenen hieher gehörigen Punkten ziemlich eingengt, so daß
 eine ausreichende kommunale Wohnungspolitik nur erst möglich sein
 wird, wenn ein allgemeines Wohnungsgesetz die betreffenden Gemein-
 nisse befähigt haben wird. Aber viel mehr, als bisher geschehen ist,
 ist auf dem Boden der bestehenden Gesetzgebung möglich, und so
 lange diese Möglichkeiten nicht ausgenutzt und erprobt sind, muß man
 damit rechnen, daß die halben und die ganzen Reaktionen in den
 Parlamenten sich hinter die Redensart verschangen, eine Reform der
 Gesetzgebung sei überhaupt nicht vornehmlich, das Gesetz biete ja schon
 mehr Handhaben, als gebraucht würden.

Indes, selbst von dieser Artrede abgesehen, ist die Aussicht auf
 ein baldiges Zustandekommen eines ausreichenden Wohnungsgesetzes
 im Reich ziemlich gering und im Staate des Dreiklassen-Wahlrechts
 fast gleich Null. Besten Falls kommt es unter dem Druck der
 anerkannten Notstände zu irgend welcher Mitarbeit, und die wird
 um so mangelhafter ausfallen, je weniger durch die Praxis Beweise
 für die Mängel der bestehenden Gesetzgebung erbracht sind.

Insbesondere ist wenig Hoffnung vorhanden, daß Einrichtungen
 geschaffen werden, vermöge deren die Ortsverwaltungen von Staats-
 wegen zu ausreichender Fürsorge für Menge, Beschaffenheit, Preis
 und Zugänglichkeit der Volkswohnungen angehalten werden. Selbst
 wenn die Wohnungsinpektion von Reichs wegen oder Staats-
 wegen organisiert wird, wird es, wie die Dinge heute liegen, in
 der Hauptsache dem guten Willen der Ortsverwaltungen überlassen
 bleiben, gegen wieviel der Uebelstände, die die Inspektion ermittelt,
 sie ernstliche Gegenmaßnahmen zu treffen sich entschließen. Auch im
 günstigsten Falle wird der Inspektion eine energische Agitation aus
 den Reihen derer nachzuhelfen haben, die unter dem Mangel guter
 billiger Wohnungen am meisten leiden: der beschloßene Volksmasse.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die einseitige Auslegung des
 früher oft zitierten Satzes „die Wohnfrage ist eine Lohnfrage“ heute
 in der Socialdemokratie allgemein aufgehoben ist. So eng die
 Wohnfrage mit der Lohnfrage verknüpft ist, so erschöpft sie sich nicht
 in ihr. Nichts hat dies drastischer gezeigt, als die Geschichte der
 letzten Jahre, wo die Lohnsteigerungen, die unter der Mitwirkung
 des gewerblichen Aufschwungs erzielt wurden, zum großen Teil den
 Arbeitern in Form von höheren Wohnungspreisen wieder ent-
 zogen wurden. Würden die Mietsätze auf gleicher Höhe
 bleiben, so würde selbstverständlich der höhere Lohn den Arbeiter
 befähigen, eine bessere Wohnung zu nehmen. Thatsächlich aber sind
 fast überall die Epochen, wo die Arbeiter in größerer Zahl dazu
 gelangen, Lohnsteigerungen durchzusetzen, solche des gesteigerten
 Wohnungswuchers. Kein Lebensmittel steigt in solchen Epochen mehr
 im Preise als das der Befriedigung des Wohnbedürfnisses.

Es ist also die Wohnfrage mehr, viel mehr wie eine Lohnfrage.
 Man könnte sogar nicht mit Unrecht umgekehrt sagen, die Lohnfrage
 ist eine Wohnfrage. Je besser der Arbeiter wohnt, um so höher
 müssen sich naturgemäß auch seine sonstigen Lebensansprüche stellen,
 um so mehr muß sich sein Sinn für bessere Lebensausstattung ent-
 wickeln. Die bessere Wohnung ist ein Antrieb, das Einkommen zu
 erhöhen, Lohnausbesserungen zu erlangen. Die Wohnfrage ist nicht
 nur in dem Sinne eine Kulturfrage, als die Art, wie die arbeitenden
 Klassen wohnen, die erreichte Kulturhöhe eines Landes anzeigt,
 sie ist es auch in dem Sinne, daß die Verbesserung der
 Wohnungen Kulturförderung, ihre Verschlechterung kulturhemmend wirkt.
 Ein Gemeinwesen, das auf den Titel fortschrittlich Anspruch erhebt,
 hat daher seine volle Aufmerksamkeit und Energie auf die Fürsorge
 für gutes Wohnen seiner Angehörigen zu richten.

Wie steht es nun thatsächlich in dieser Hinsicht? Wie sieht es
 vor allen Dingen in Berlin, das in diesen Tagen seine Gemeinde-
 vertretung zu erneuern hat?

Das Wohnungswesen ist, wenn man von gewissen Vorvorschriften
 absteht, die den dringlichsten Anforderungen der Sanitätspolizei
 Rechnung tragen, hier noch ganz und gar der freien Konkurrenz,
 dem Walten von Angebot und Nachfrage überlassen. Wenn aber
 irgend ein Gebiet der Wirtschaft nicht dem Spiel dieser Kräfte über-
 lassen bleiben darf, so ist es gerade das Wohnungswesen. Wohnungen
 sind keine Waren, die man beliebig von da, wo sie überflüssig sind,
 dorthin befördern kann, wo sie fehlen. Wohnungen sind untrennbar
 mit dem Boden verbunden, auf dem sie errichtet sind, ohne Ver-
 fügung über Grund und Boden, der sich nicht von außen
 her beschaffen läßt, können keine Wohnungen erstellt werden, die
 Wohnungspolitik ist daher in hohem Grade eine Grund- und Bodenfrage.
 Das monopolistische Bodeneigentum ist der Todfeind einer gründ-
 lichen Reform des Wohnungswesens, und es heißt den Vork zum
 Gächter setzen, wenn man seine Verteidiger in der Vertretung einer
 Gemeinde wählt, die so dringend der Wohnungsreform bedarf, die so
 schwer vom Wohnungswucher heimgesucht ist wie Berlin.

Die Unfähigkeit des Spiels von Angebot und Nachfrage, erträg-
 liche Wohnungsverhältnisse herbeizuführen, ist schon selbst von
 solchen Leuten erkannt worden, die im übrigen geradezu leidenschaft-
 liche Verfechter der freien Konkurrenz waren. Von Deutschen sei
 hier nur der Ex-Minister Herr J. Paucher genannt, der schon in
 den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts das städtische
 Bodenmonopol mit der Verdrängung guter Volkswohnungen für
 unvereinbar erklärte. Und Herr Paucher hatte seine Studien in
 England gemacht, damals das Musterland des Landesherrtums.
 In England aber hatte allerdings das Landesherrtum in der
 Wohnungsfrage schon damals bestrukt gemacht. Selbst die bürger-

lichen Freihändler hatten eingesehen, daß ihr Dogma mit der Un-
 antastbarkeit des Bodeneigentums unvereinbar war, daß es schmä-
 llich zerfallen mußte, wenn dieser Fels nicht aus dem Weg geräumt
 wurde.

Die englische Gesetzgebung ist denn auch der deutschen in der
 Wohnungsfrage weit voraus. Sehr klar wird dies in der soeben bei
 Porty in Stuttgart erschienenen Schrift des Münchner Privatdocenten
 Dr. L. Singheimer „Die Arbeiterwohnungsfrage“
 nachgewiesen. Für denjenigen, der sich die größeren Werke von
 Hugo Oppenheimer u. nicht anschaffen kann, bietet dieses gemein-
 verständlich gehaltene Schriftchen ein vortreffliches Orientierungs-
 mittel sowohl über englische wie über deutsche Wohnungsverhältnisse.
 Singheimer, dessen Werk über den Londoner Grafschaftsrat ihn als
 einen gründlichen Forscher der englischen Städte-Entwicklung er-
 wiesen hat, weist nach, daß in der Regelung des Wohnungswesens
 ein Teil der deutschen Einzelstaaten — und dazu gehört gerade
 Preußen — sowohl was die Gesetzgebung als was die Ver-
 waltung betrifft, noch heute auf dem Standpunkt steht,
 auf dem England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stand
 und den es mit dem Jahre 1851 verlassen hat. Im liberalen Eng-
 land sind dem Privatverkehr im Wohnungswesen „stärkere
 Fesseln angelegt als bei uns“ (S. 149) — im „social-
 politischen“ Deutschland. In keinem deutschen Staate, in dem die
 Möglichkeit gegeben ist, schlechte Wohnungen niederzureißen, be-
 stehen Verpflichtungen zur Wiederaufbauung neuer
 Häuser (S. 149), wie dies in England schon seit Ende der sech-
 ziger Jahre Vorschrift ist. Dort war man eben durch die Erfahrung
 belehrt worden, daß ohne solche Vorschrift die Ausrottung schlechter
 Wohnhäuser für die Arbeiterklasse ein Fluch und keine Wohl-
 that ist. Die deutsche Gesetzgebung ist noch nicht zur Durchführung
 des Grundsatzes gelangt, der in England längst Anerkennung ge-
 funden hat, daß die Bekämpfung des Wohnungswuchers nicht das
 Werk einer einzigen gesetzlichen Maßregel sein kann,
 vielmehr verschiedene einander ergänzende Maß-
 regeln getroffen werden müssen, soll nicht eine Verschlechterung
 statt eine Verbesserung der Wohnverhältnisse der Schlussfolgerung
 sein“ (S. 65). England hat ein zusammenhängendes Gesetz über Volks-
 wohnungen, der Housing of the Working classes Act von 1890,
 und England hat eine Wohnungsinpektion, die nicht von Polizisten,
 Armenärzten u. im Nebenamt, sondern von sachmäßig
 geschulten Specialbeamten besetzt wird. In London gab
 es 1898 51 obere Gesundheitsbeamte und 248 Sanitätsinspektoren,
 denen die Aufsicht über die Wohnungsverhältnisse obliegt und die
 durch ein staatliches Einspruchsrecht gegen willkürliche
 Entlassung durch die Gemeindebehörden geschützt sind.

Singheimer ist kein Schönfärber englischer Zustände. Wenn er
 an einigen Stellen sich abweichend von Friedrich Engels über die
 Wohnungsfrage äußert, so erkennt er doch rückhaltlos an, daß Engels
 im wesentlichen recht hatte, als er 1885 im Vorwort zur Neu-Ausgabe
 seiner „Wohnungsfrage“ äußerte, die Verhältnisse seien in England
 seit 1872 „nicht besser, sondern eher schlechter“
 geworden. Und er erkennt desgleichen an, daß ein mächtiger Grund
 für das Scheitern der Wohnungsgesetzgebung die Zusammen-
 setzung der Gemeindeverwaltungen war, wie sie bis
 dahin in England vorherrschte. Zur gleichen Ansicht kam 1886 eine
 königliche Untersuchungskommission über die Wohnverhältnisse, deren
 Bericht der jetzige englische König führte. Die schönste Gesetzgebung
 bleibt vergeblich, wenn diejenigen, die sie auszuführen haben, kein
 Interesse daran haben, daß sie durchgeführt wird, oder gar ein
 Interesse daran, daß sie nicht durchgeführt wird.

Erst seitdem die Arbeiterklasse stärkeren Einfluß auf die englischen
 Gemeindevertretungen erlangt hat, wird das Gesetz über die hiesige In-
 spektion hinaus stärker zur Anwendung gebracht, beginnt die
 kommunale Wohnungspolitik aus einer negativen zu einer positiven
 zu werden. Die Ortsvertretungs-Gesetze von 1888 und 1894 be-
 zeichnen für England den Wendepunkt in der kommunalen Wohn-
 politik. Sie haben die Gemeindevertretungen der demokratisiert.
 Zwar ist ein gewisser Wahlschub geblieben, bleibt das Wahlrecht
 an die Mietsätze einer eigenen Wohnung geknüpft, was die schlech-
 teste Schicht der Arbeiter vom Wahlrecht ausschließt. Dafür
 ist aber die Ausübung des Wahlrechts geheim und kennt England
 keinerlei Klassenabteilung bei der Wahl, keinen
 Besitzgenuss für die Gewählten. Die breite Masse des
 Volkes, Arbeiter und kleine Leute, entscheiden die Wahlen. Und wo
 sie nicht aus eigener Erkenntnis Vertreter ihrer Klassen wählen, die
 auf eine radikale Wohnungspolitik dringen, da bilden sie wenigstens
 für diejenigen, die eine solche Politik vertreten, einen wirkungs-
 vollen Rückhalt, den keine bevorrechtete Wählerklasse neutra-
 lisieren kann.

So sind die Maßregeln auf dem Gebiete kommunaler Wohnungs-
 fürsorge zu Stande gekommen, hinsichtlich deren England heute
 Deutschland gegenüber als Pionier dasieht. Von ihnen sei hier nur
 eine erwähnt: Die Errichtung kommunaler Logier-
 häuser. Welche schädigende Wirkung das Schlafburschenwesen
 ausübt, ist bekannt. Es ist eine der wirksamsten Stützen des
 Wohnungswuchers. Wer Schlafburschen nimmt, läßt sich höhere
 Mieten auspressen, als er sonst zahlen würde. Wie weit reichen
 aber Verbote gegen das Schlafburschenwesen? Zogendwo müssen
 die ledigen Arbeiter doch kampieren. Greift hier nicht die
 Öffentlichkeit durch Errichtung von zweckmäßig eingerichteten Logier-
 häusern ein, so sind die Reglementierungen des Schlafburschen-
 wesens schlimmer als wirkungslos. Es ist demeritenswert, daß die
 Bundesrat der Logierhäuser in England nicht auf die ärmsten
 Schichten der Arbeiterschaft beschränkt bleibt, sondern daß auch An-
 gehörige der besser bezahlten Arbeiterschaft immer mehr dem Logier-
 haus den Vorzug geben. Sie haben eben dort den Vorteil eines
 abgeschlossenen Schlafabteils mit dem Vorteil großer gemeinsamer

Aufenthaltsräume, geregelter Heizung und Belüftung, sowie anderer
 Annehmlichkeiten.

In Preußen, wo eine reaktionäre Klassenfesselngehung zwei
 Drittel der Gemeindevertretung den privilegierten Klassen reserviert
 hat, wo, nicht zufrieden damit, noch ein Eigentumszensus
 für die Hälfte der Vertreter der dritten Klasse besteht,
 muß die Arbeiterklasse alles aufbieten, in der dritten Abteilung ihre
 Stimme so wichtig zum Ausdruck zu bringen, daß der Ernst ihres
 Verlangens nach Aufhören der Klassenwirtschaft in der Gemeinde
 auch nicht dem leisesten Zweifel unterliegt. Das ist, so lange die
 Mauern der Klassenvertretung selbst nicht gestürzt sind, das einzige
 Mittel, für eine wenigstens einigermaßen fortschrittliche Kommunal-
 politik in der Wohnungsfrage wirksam zu demonstrieren. Keine
 Arbeiterstimme, keine Stimme ehrlicher Reformer darf den Kandidaten
 der Socialdemokratie bei der Stadtverordnetenwahl vorenthalten
 werden.
 E. B.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober.

Wucher-Wirris.

Der Monarchismus der Monarchisten wird wieder auf harte
 Probe gestellt. Der Anspruch des Kaisers, er werde alles
 kurz und klein schlagen, wenn Handelsverträge nicht zu
 Stande kommen, bereitet ihnen bittere Stunden und sie versuchen
 vorläufig ihre Verlegenheit zu verbergen, indem sie, wie die
 „Deutsche Tageszeitung“, den Anspruch „für unmöglich“ halten,
 oder, wie die „Kreuzzeitung“, sich jeder Besprechung enthalten.
 Es wäre allerdings überaus belustigend, die Entwicklung der konser-
 vativen Königsstrome zu sehen, wenn der König sich ernstlich den
 agrarischen Bestrebungen widersetzen würde.

Immerhin hat die Kunde dieses kaiserlichen Wortes in die
 Kornwucherischen Verwirrung und Kengstigung getragen. Und
 einige Blätter glauben die Situation getrübt genug, um allerlei
 alarmierende Gerüchte anbringen zu sollen. Die „Königliche
 Volkszeitung“ stellt die Frage, ob ein handels-
 politischer Umschwung bevorstehe, und fordert, daß
 die Unsicherheit der gegenwärtigen Situation beendet
 werde. Soll, so fragt das Centralblatt, eine Wirtschafts-
 politik in der Richtung des Zolltarif-Entwurfs getrieben oder das
 System Caprivi beibehalten werden? und es schließt seine Be-
 trachtung mit den Worten:

„Sind die mehrerwähnten Ansprüche des Kaisers (Minimal-
 tarif ist Unkun; ich schlage alles kurz und klein) authentisch, so
 steht allerdings eine große Wandlung zu erwarten. Auf jeden
 Fall darf aber das Land Klarheit darüber verlangen, wohin die
 Reise geht.“

Kun trifft es sich, daß der Kaiser am Montag den Reichs-
 kanzler nach Liebenberg zum Vortrag citiert hat, während
 er tags zuvor noch ihn in Berlin weit bequemer an seiner Seite
 hätte sehen können. In den Jagdgründen von Liebenberg aber, wo
 die Eulenburgers hausen, ist schon manches edle Minister- und
 Kancelerwird zur Strafe gebracht worden. Und so ist beim geschäftigen
 Senation oder berechnende Intrigue bereits zu der Anknüpfung
 gelangt, daß wir uns mitten in einer Kancelerkrise befinden
 und die Tage des Grafen Wilow gezählt seien. Selbst
 den Nachfolger weiß die bei höchsten Intriguen stets die
 unsaubere Hand einmischende „Staatsbürger-Zeitung“ zu nennen;
 das soll kein anderer sein als jener Graf Dönhoff-Friedrichstein,
 der 1894 sich den agrarischen Jörn zugog, weil er für den Handels-
 vertrag mit Rußland stimmte, und der ob dieser Zustimmung vom
 Kaiser telegraphisch mit den Worten begrüßt wurde: „Wra v g-
 handelt wie ein echter Edelmann.“ Und an diesen
 selbigen Grafen Dönhoff-Friedrichstein soll der Kaiser jähzornig, als er
 in Königsberg weilte, den Anspruch geäußert haben: Ich schlage
 alles kurz und klein. . .

Daß derteil Gerüchte entstehen und auch geglaubt werden, be-
 weist die Hullofsigkeit der Zustände in den höchsten Reichsstellen.
 Der handelspolitische Umschwung, die Unsicherheit und die Krise, von
 der die Blätter sprechen, sind nur denkbar, wenn in der deutschen
 Politik „Widlich Trumppf ist“. Der Zolltarif-Entwurf kann
 nicht ohne Einvernehmen mit dem Kaiser durch den Reichs-
 kanzler dem Bundesrat vorgelegt worden sein —, sollte nun plötzlich
 der Kaiser anderer Meinung geworden sei? Sollte er von irgend
 einer Seite überzeugt worden sein, daß der vorgeschlagene Weg nicht
 zu Handelsverträgen führen könne?

So tragikomisch das einstige Kanzlerende des Grafen Wilow
 sein wird, so schnell glauben wir nicht, daß es ihn
 ereilen wird. So plötzliche Wendung in der politikischen
 Krage, wie die Agrarier sie beürchten und die Liberalen
 sie dange erhoffen, wird der Kurs der Ueberrassungen denn
 doch nicht bringen. Es mag sein, daß dem Kaiser
 gesagt worden ist, Graf Wilow sei den äußersten Agrariern allzu
 nahe getrickt und das Zustandekommen von Handelsverträgen sei
 gefährdet. Aber Graf Wilow wird sich darauf berufen, daß auch er
 das Zustandekommen neuer Handelsverträge erstrebe und die Korn-
 zollenherhöhung „nur“ in dem Maße betreiben werde, als sie
 jenes Ziel nicht ausschloße. Und es wird Friede sein zwischen Kaiser
 und Kanzler, und die Beherrscher des Reichs, die Konservativen und
 Agrarier, werden nicht in die Lage kommen, ihren Monarchismus
 ernstlich zu revidieren.

Der Hlagothrus hat bisher nur immer eine reaktionäre Politik
 erzeugt. Es wäre wie ein Wunder, wenn er jetzt eine fortschrittliche
 Politik herbeiführen würde. Wir aber glauben nicht an eine
 Politik der Wunder, sondern bauen alle auf den Widerstand der
 vom Proletariat getroffenen Arbeiterklasse!

Auch seltsame Kaiserworte und Krifengerichte können uns die Situation nicht verwirren. Wir sehen klar und führen unbeirrt unseren Kampf.

Die Rebellion der Centrumsarbeiter.

Die am Sonntag in Köln abgehaltene Versammlung rheinisch-westfälischer Ortsgruppen des christlichen Metzlarbeiter-Verbandes, über die wir bereits kurz berichtet haben, ist zweifellos die bemerkenswerteste und einflussreichste der vielen Kundgebungen aus den Kreisen der christlichen Arbeiter. Es werden uns über dieselbe aus Köln folgende nähere Mitteilungen gemacht:

Es waren als geladene Gäste die Vorstände der Verbände bezügl. Köln, Mülheim a. Rh., Düren, Bonn, Münden-Glabach, Eberfeld, Düsseldorf, Duisburg, ferner die Ortsgruppen Deutz, Rall, S. Glabach, Weirath, Reuf, Kalingen, Vörs, Weibert, Laar, Weidrich, Stöckum, Essen usw. vertreten. Als Hauptredner trat der Verbandsvorsitzende, Herr Dieber aus Duisburg auf, um seine Stellungnahme zur Zollfrage zu rechtfertigen: Man habe ihm verwehrt worden, im Verbandsorgan Stellung zu den Zollforderungen der Agrarier zu nehmen, und zwar mit der Begründung, daß diese Frage ausgehört nicht in das Verbandsorgan hineingehöre. Sonderbarerweise habe sich niemand gegürt, als sich vor ihm mehrere christliche Gewerkschaftsorgane für den Zoll erklärten. Angesichts der Forderungen der Agrarier, die auch mit dem Zolltarif-Entwurf noch nicht zufrieden seien, müsse auch dem bescheidensten christlichen Arbeiter die Gasse überlaufen. Als er den Artikel veröffentlichte, habe er gewußt, daß er in ein Wehrgewehr stehe. Es habe sich ein Verfechter herausgebildet, das jeden in Acht und Bann thue, der nicht handle, wie das Centrum wolle. Er habe nicht gesprochen als Parteiangehöriger, sondern als Gewerkschafter. Die Bauern riefen viel lauter als die Millionen geplagter Arbeiter, und so werde geglaubt, als ob es ihnen schlechter als den letzteren gehe. Die Arbeiter aber hätten sich fördern lassen durch die paar Scheinerfolge der letzten Jahre. (Lebhafte Zustimmung!) Alles verlange Zollschutz; da müsse man auch fordern, daß die Arbeitskraft des deutschen Arbeiters gegen die preisdrückende Heranziehung ausländischer Arbeiter geschützt werde. Jeder Arbeitgeber müsse für jeden ausländischen Arbeiter pro Tag eine Mark Zoll zahlen. All der gewerkschaftliche Kampf sei gleich null, wenn die Arbeiter nicht Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnen. Sonst raube man den Arbeitern mit einem Male, was sie in jahrelangem Kampfe errungen haben.

Der Redner wandte sich scharf gegen den bekannten katholischen Arbeitersekretär Giesberts, der in seiner Eigenschaft als Verbandsmitglied der Versammlung beivohnte. Dieser ist der Hauptwiderstandler Wiebers. Er hütete sich aber weislich, in der Versammlung mit seinen agrarischen Neigungen heranzutreten. Seine Ausführungen beschränkten sich auf formelle Erklärungen und liefen darauf hinaus, daß sich die Gewerkschaften nicht in die Wogen des Zollkampfes stürzen, sondern sich hübsch ruhig beiseite stellen und dem Centrum keine Ungelegenheiten machen möchten. Später kam es zwischen den beiden zu scharfen Zusammenstößen, wobei schwere persönliche Beleidigungen fielen.

In der Diskussion kam die fast einmütige Gegnerschaft der christlichen Arbeiter gegen den Zollwucher zum Ausdruck. Wunsch-Stöckum forderte Wieber auf, noch scharfer als bisher den Zoll zu bekämpfen. Der Vertreter der Ortsgruppe, Weibert, gab die Erklärung ab: Im Auftrage seiner Ortsgruppe teile er mit, daß nicht ein einziger Zollwärmer unter den Mitgliedern sei, sondern daß sie alle die Zollserhöhung entschieden bekämpfen. (Stürmische Zustimmung!) Mehrere Redner gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Zollfreunde in den christlichen Gewerkschaften ihre bessere Erkenntnis preis gäben zu Gunsten der Centrumpartei.

Am wirkungsvollsten war die Rede des zweiten Verbandsvorsitzenden, Herrn Heß aus Duisburg. Er erklärte: wir haben die Pflicht als Gewerkschaftsmitglieder, alles von uns fern zu halten, was uns schädigt. Wir können uns einer bestimmten politischen Partei nicht unterordnen. Bis zum fünfundsiebenzigsten Lebensjahre bin ich auf dem Lande gewesen und ich kenne die landwirtschaftlichen Verhältnisse genau. Dem nothleidenden Teil des Bauernstandes wird durch die Zollserhöhung nicht das mindeste geholfen. Wenn man das Gegenteil behauptet, so ist das Rumpst. Es liegen bei denen, die die Frage aus der Gewerkschaft fernhalten wollen, Anschauungen vor, die aus parteipolitischen Beweggründen entspringen. Mein Vater und meine Brüder suchen in der Landwirtschaft ihren Erwerb; da wäre ich doch thöricht, wenn ich gegen meine Ueberzeugung die Zollserhöhungen bekämpfte. Ich habe Bauern gefragt, die bis zu fünfzig Morgen Land ihr eigen nennen. Und sie haben mir geantwortet: daß der Zoll nur etwas für die Großgrundbesitzer sei; sie aber als Kleinbauern könnten nicht dagegen auftreten, da man sonst mit Fingern auf sie zeigen würde. Sollen wir Arbeiter die Kosten tragen für die Fällung der Geldstränke der Großagrarien? Wie Arbeiter wissen, wie schlimm es uns geht. Wir brauchen keine Professoren als Ratgeber, die uns theoretisch nachweisen. Es fällt den Bauern gar nicht ein, wenn es ihnen gut geht, höhere Löhne zu geben, sondern sie richten sich nach Angebot und Nachfrage.

Diese Ausführungen wurden gleichfalls mit großem Beifall aufgenommen. Es trat dann ein Verteidiger der Zölle auf. Der sehr junge Mann verlas einen widerspruchsvollen, inhaltslosen „Vortrag“, den ihm aufsehnend jemand ausgearbeitet hatte, und beschwerte sich, daß ihn seine eigenen christlichen Mitarbeiter als grünen Jungen bezeichnen haben, der von der Sache nichts verstehe. Der vorworrere Schwab des Zollfreundes wurde der Versammlung schließlich doch zu dumm, so daß der Redner infolge anhaltender Schlußrufe schließen mußte.

Besonders arg wurde noch dem agrarischen Arbeitersekretär Giesberts mitgespielt. Dieser wandlungsfähige Mann hat bei seinen Verbandskollegen jeglichen Einfluss verloren. Die Versammlung erklärte sich, wie im „Vorwärts“ schon kurz mitgeteilt wurde, mit 117 gegen 8 Stimmen mit der Haltung Wiebers einverstanden. Ferner wurde nahezu einstimmig eine Resolution beschlossen, in der es u. a. heißt:

„Die Versammlung erklärt, daß die beschlossene Zollserhöhung der Arbeiterkraft und der mittleren städtischen Bevölkerung schwere Opfer auferlegt, die in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs geradezu verheerend wirken müssen, was außerdem auch für die Landarbeiter in gleichem Maße zutrifft, besonders da denselben das Recht, sich zu koalieren, um bessere Verhältnisse herbeizuführen, bei einer Strafe bis zu einem Jahre Gefängnis verboten ist. Die Versammlung erblickt in der Erhöhung der Lebensmittelpreise kein geeignetes Mittel, um der Landwirtschaft zu helfen.“

Die Resolution beruft sich ferner auf die Ausführungen der hervorragendsten Wortführer der konservativen und der Centrumpartei bei der Beratung des Antzuges Kamis in den Jahren 1894 und 1895. Ferner erklärt sie sich mit der bisherigen Verwendung der Zolleinkünfte nicht einverstanden, sondern giebt dem Verlangen Ausdruck, daß die Zolleinkünfte im anschließlichen Interesse der breiten Schichten des Volkes, von denen sie aufgebracht, verwendet werden.

Deutsches Reich.

Vom Bestätigungsrecht.

Die Bestimmungen über das Bestätigungsrecht der Magistratsbeamten sind in den Städte-Ordnungen der meisten anderen deutschen Bundesstaaten nicht nur viel laxer gefaßt, als in der für die östlichen Provinzen Preußens, sondern es sind auch vielfach gewisse Kantelen geschaffen, die die Rechte der Stadtverordneten-Versammlung gegenüber denen der Krone wahren. So darf z. B. in Württemberg, falls der Gewählte mehr als zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat, nach dem Gesetz vom 21. Mai 1891 die Bestätigung nur dann verweigert werden, wenn sich der Disciplinarhof für Körperlichkeitsbeamte in der vollen Besetzung mit 7 Mitgliedern dahin ausgesprochen hat, daß der Gewählte zur Bekleidung des Amtes untauglich ist. Wegen der Dienstuntauglichkeit des Kandidaten feststellenden Ausspruch des Disciplinarhofs ist eine Beschwerde nicht zulässig; die Erhebung einer Rechtsbeschwerde könnte nur dann in Frage kommen, wenn die Bestätigung ohne das Vorliegen eines der Dienstuntauglichkeit des Gewählten feststellenden Ausspruchs des Disciplinarhofs verweigert worden sein sollte. Abgesehen von diesem Falle entscheidet über die Erteilung oder Verweigerung der Bestätigung die Staatsbehörde nach freiem Ermessen. Gründe für ihre Entscheidung anzugeben ist sie nicht verpflichtet, aber auch nicht gehindert. Verweigert der König die Bestätigung, so ist eine Beschwerde nicht zulässig, wohl aber wenn die Verweigerung von einer Kreisregierung ausgeht. Von einer Wiederwahl ist nach den Motiven des Gesetzes der erneuents gewählte, aber nicht bestätigte Kandidat nicht ausgeschlossen, da Gründe vorliegen können, im Falle seiner wiederholten Wiederwahl an der Verweigerung der Bestätigung nicht festzuhalten. Ist auch auf die zweite Wahl die Bestätigung nicht erfolgt, so ist die Regierung befugt, die erledigte Stelle nach vorgängiger Anhörung der bürgerlichen Kollegien einzuweilen durch einen von ihr zu bestellenden Amtsverweser auf Kosten der Gemeinde zu verwalten zu lassen. In diesem Falle ist spätestens nach Ablauf eines Jahres ein neues Wahlverfahren einzuleiten.

In Bayern darf die Bestätigung nur unter Angabe von Gründen verweigert werden; doch ist bei einer neuen Wahl der Nichtbestätigte nicht wieder wählbar.

In anderen Staaten gelten ähnliche Bestimmungen wie in Preußen. Uebrigens hat die preussische Regierung im Jahre 1876 selbst eine andere Regelung des Bestätigungsrechts versucht. Sie legte dem Landtag den Entwurf einer neuen Städte-Ordnung vor, der aber nicht Gesetzeskraft erlangt hat. In diesem Entwurf, der unter anderem das Privileg der Hausbesitzer beilegte und die offene Wahl durch die geheime ersetzen wollte, war das Bestätigungsrecht auf den Bürgermeister und ersten Beigeordneten beschränkt. Es sollte in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern vom Minister des Innern, in den übrigen vom Oberpräsidenten ausgeübt werden. Verweigert sollte die Bestätigung nur dann werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche Bedenken gegen die technische und sittliche Qualifikation des Gewählten begründeten. Bei der Wiederwahl sollte von einer Bestätigung überhaupt abgesehen werden und das Recht des Oberpräsidenten, die erledigte Bürgermeisterei kommissarisch zu verwalten zu lassen, nur dann in Kraft treten, wenn der erste Beigeordnete die Uebernahme der Verwaltung verweigert.

Seit dem Jahre 1876 ist in Preußen kein Versuch zu einer gründlichen Reform der Städteordnung wieder unternommen worden, es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß in absehbarer Zeit die Städteordnung liberaler gestaltet wird, da die Regierung in den letzten Jahren im Verein mit dem Landtage bei verschiedenen Gelegenheiten zu erkennen gegeben hat, daß ihr die reaktionäre Städteordnung die liebste ist. Die Furcht vor dem Eindringen der Socialdemokratie in die Gemeinde-Verwaltungen ist eben größer als die Erkenntnis, daß das veraltete, aus der Zeit der finsternen Reaktion stammende Gesetz einer durchgreifenden Reform bedarf.

Um so mehr ist es Pflicht der Socialdemokratie, bei jeder Gelegenheit auf die völlige Beseitigung des Bestätigungsrechts zu dringen, das im Laufe der Jahre in der Hand reaktionärer Regierungen eine Waffe zur Vernichtung der Selbstverwaltung geworden ist.

In den Berliner Stadtverordnetenwahlen bringt die „Freisinnige Zeitung“ einen Artikel, der, wenn nicht alles irrt, von Herrn Leopold Jacobi geschrieben ist. Wenigstens ist er ganz in jenem edlen Geist gehalten, der darüber zornvoll trauert, daß die Arbeiter für alle Wohlthaten nicht einmal „danke“ sagen und, wenn sie erst einmal auch Kleider von der Gemeinde geliefert erhalten, dann sich nur noch damit beschäftigen, Kinder in die Welt zu setzen. Genau das gleiche erklärte das Organ Eugen Richters, indem es schreibt:

„Wenn in immer weiterem Umfange der Unterhalt der Handarbeiter durch die Gemeinde übernommen wird und die Kosten hierfür aus den Einkommen und Grundsteuern gedeckt werden, so wird damit — nach socialdemokratischer Anschauungsweise — den „Ausbeutern“ nur ein Teil ihres unberechtigten Gewinnes wieder entzogen.“

Hier sehen wir also das socialdemokratische Zukunftsbild Jacobischer Malkunst: die Arbeiter, die verlangen, daß ihr Unterhalt von der Stadt übernommen wird, die nichts zu arbeiten brauchen, weil für sie die armen Besizenden schaffen müssen. Wenn sich freisinnige Leute neulich über die „Reihen“ des Socialpolitikers Jacobi aufregten, als ob das eine ausnahmeweise Denkart sei, so beweist das führende Blatt der freisinnigen Volkspartei, daß Herr Jacobi nichts weiter angeplündert hat als die ihmige Grundüberzeugung der gesamten freigesetzten Kapitalistenklasse.

Die „Freisinnige Zeitung“ verfährt weiter, daß, wenn die Gemeinde socialpolitische Aufgaben übernehme, also dem Mautheterium abtrümmelt werde, dann der große Kladderadatsch, der Unterang aller heiligsten Güter nahe sei:

„Für Handarbeiter können solche Darstellungen in dem Maße bestechend wirken, als ihnen die weiteren Folgen aus der Durchführung solcher Ansichten verborgen bleiben, als da sind Aufhebung jedes Privateigentums, jedes Einzelbetriebs, Beseitigung der freien Konkurrenz, die Abhängigkeit von einem einzigen Arbeitgeber, die Aufhebung der persönlichen Freiheit und am letzten Ende auch die Verkümmern der Existenz infolge des Niedergangs der gesamten Produktion.“

Nicht nur noch das Angebot der seligen Sparagnes und der Strampelami, die Eugen Richter einst grausam sterben ließ, weil sie sich — wegen der verstaublichten Mutterchaft — nächstherweise bloßstrampelte und elend erklärte.

Herr Jacobi ist aber ein unachtsamer Leser des Blattes, für das er jetzt schreibt. Die „Freisinnige Zeitung“ hat bekanntlich sehr viel auszuweisen gehabt an der jämmerlichen Haltung der Stadtverordneten im Kampf um die Selbstverwaltung. Der Artikel Jacobi findet im Gegenteil, daß sich die Helden großartig geschlagen hätten und er enthielt kraft seiner weitreichenden finanziellen Beziehungen, die bisher ganz unbekannt, unerhörte Reue, daß in Bezug auf den Märchenbrunnen die Stadtverordneten-Versammlung ihr Recht gewahrt habe, und der Kaiser scheint in der Sache sein Urteil als auf Mißverständnissen beruhend ändern zu wollen. Hat der Kaiser das Herrn Jacobi mitgeteilt?

Der Artikel fährt fort: „Gerade das Gebahren der Socialdemokraten in Fragen dieser Art aber hat den Gegnern der Selbstverwaltung

unter den Rechtsparteien auch neuerlich wieder Handhaben geboten, den Kampf für die Selbstverwaltung zu ergründen.“

Wenn das Eugen Richter in seiner Zeitung liest, so wird er rasen. Argumentierte nicht gerade sein Freund Richter immer auf diese Weise, daß das Gebahren der freisinnigen Wasserstiller, ihre Opposition in Militär- und Marinefragen den Kampf für die große liberale Sache erwidert und dem Junkertum Wasser auf seine Räder geliefert habe? Erklären nicht mit der gleichen Logik die Nationalsozialen, der starkköpfige Eugen Richter verhindere die Liberalen, Macht zu gewinnen; dem dadurch nur gewinnenden Grundzüge Macht, daß sie — geopfert werden? Jetzt muß Eugen Richter diese Argumentation in seinem eignen Blatt anerkennen finden!

Zeigt sich in den bisher gewürdigten Ausführungen der Leitartikel der „Freisinnigen Zeitung“ bloß als ein mit ungewöhnlicher Plumbheit begabter stähleriger Geißel, so rasiert er sich am Schluß zu einer That aus, die beweist, daß er auch ein ungewöhnlich ungläubiger Purke ist. Der Mann scheint zu fürchten, daß auch in der zweiten Klasse die Socialdemokratie Anhänger finden könnte, und es ängstigt ihn, daß auch Nicht-Proletarier sich der socialistischen Sache annehmen, die propagandistische Kraft der Socialdemokratie in nicht-proletarischen Kreisen mehren möchten. Und darum grübelt der Mann, wie es möglich ist, daß auch gutstimmte Leute zur Socialdemokratie gehören. Die Jacobiten können sich natürlich nicht denken, daß Menschen aus Ueberzeugung und Idealismus eine Sache verständen, an der sie nicht unmittelbar interessiert sind, und darum kann er nur einen Grund für die sonderbare Erscheinung erdenken: Das Geschäft! Darum erklärt der Mann es für unverständlich,

„wie Wähler, die dergleichen durchschauen oder nicht zur Klasse der Handarbeiter gehören, die nicht aus der Hand in den Mund leben, die ein größeres Einkommen beziehen, ein selbständiges Geschäft führen, sich zu Schlepenträgern der Socialdemokratie hergeben, es sei denn, daß sie selbst auf den Schultern der Socialdemokratie zu einer lohnenden Stellung oder zu Mandaten gelangen wollen.“

Eine prächtige Selbstentblöhung! Ein rechter Jacobit thut nichts, es käme denn ein gutes Geschäft heraus — wie sollte er sich also vorzustellen vermögen, daß andre Leute anders denken. Derart wird die gemeine Schmäherung der „Schlepenträger der Socialdemokratie“ zu einem unvorsichtigen Geständnis des leitenden Grundlages freisinniger Kommunalpolitik: Das Geschäftsinteresse ist das oberste Gesetz! Wer anders handelt, ist — unverständlich!

Furcht vor der Obstruktion gegen den Zolltarif zeigt die „Krenz-Zeitung“. Sie mahnt ihre Leute dringend zur „lädenlosen Präsenz“:

Es wird für jeden Abgeordneten Ehrenpflicht sein, pünktlich und regelmäßig an den bevorstehenden Reichstags-Verhandlungen teilzunehmen. Geschäft dies, dann entfällt für die Vinke der Grund, mit welchem sie etwaige Obstruktionsgelüste entschuldigen könnte; dann würde jede Verschleppung der Vorlage als Vergeilung der Mehrheit zu erachten sein, und das parlamentarische System unrettbar bloßstellen.“

Da es sich in diesem Falle um „Vergewinne“ für die konservativen Sippe handelt, wird man ja wohl auch der Mahnung folgen und die sonst so vernachlässigte Ehrenpflicht ausüben. Im Interesse einer gründlichen und ausredenden Erörterung der Zollpolitik wünschen auch wir eine „lädenlose Präsenz“ der Reichstagsparteien. Ein volles Haus ist viel mehr geeignet zu einer tiefgehenden Diskussion als ein leeres.

Im übrigen beharrt die „Krenz-Zeitung“ darauf, daß die Handelsverträge „höchstmöglich“ gekündigt werden müssen. Man möchte sich eben auf alle Fälle das Inkrafttreten des jetzigen Generaltarifs sichern, der ja auch den Agrarier schon erheblich vermehrten Profit sichert.

Rom und das regierende Centrum. Seitdem das deutsche Centrum zur regierenden Partei geworden, vermeidet es peinlich jede Handlung, die darauf hindeuten könnte, daß ihm Rom näher sei als Berlin, der Vatikan näher als das Rene Palais.

Diese vorsichtige Taktik trat besonders auffällig hervor in der Affaire Spahn. Obwohl dieser Katholik nachweislich noch vor drei Jahren mit dem antikerikalen Grafen Hoensbroech in Verbindung stand, hielten die „Germania“ und die „Kölnische Volkszeitung“ es für geraten, den Schilling des deutschen Kaisers als Strahburger Professor mit offenen Armen zu empfangen.

Eine solche „Nationalisierung“ des Centrums wirkte denn doch in Rom unangenehm und die päpstliche „Voce della Verita“ probte die Stimme der Wahrheit über den „Standal“. Das römische Organ hatte behauptet, daß der Bischof von Strahburg den Seminaristen den Besuch der spanischen Vorlesungen verboten habe. Die führenden Organe des deutschen Centrums hatten die Behauptung zu berichtigen versucht. Jetzt aber hält die „Voce della Verita“ ihre Darstellung aufrecht. „Weniglich der Seminaristen“, schreibt das Blatt des Cardinals Rampolla, „wiederholen wir auf Grund zuverlässiger Erkundigungen unsere Erklärung, daß der Bischof von Strahburg zwar vorher der Regierung zugesichert habe, die Seminaristen, welche Unversitätsvorlesungen besuchen, würden auch bei dem katholischen Geschichtsprofessor hören, nach den Mitteilungen über Spahn aber diese Erklärung zurückgenommen hat.“ Laut erneuter Versicherung der „Voce della Verita“ hat der Bischof von Rottenburg sein Versprechen der Mitarbeiter an dem Geschichtswerk Spahn schon am 6. September zurückgezogen, als er den Prospekt kennen lernte und von „ungünstigen Urteilen in Rom und anderswo über den abelberufenen Verfasser“ erfuhr. Unter Zurückweisung der auf falschen Meldungen beruhenden Vorwürfe der „Germania“ erklärt die „Voce“, im gegebenen Fall besser als die „Germania“ und die „Kölnische Volkszeitung“ unterrichtet zu sein und den wichtigsten Anlaß zur Beschäftigung mit den Vorgängen in Deutschland zu haben. Bevor Spahn reist, illustriert er, schreibt sie, „bedarf es langer Zeit und Thatfachen, statt Worte. Gegenwärtig ist seine ganze literarische und wissenschaftliche Thätigkeit den Katholiken verdächtig, dies ist auch die Meinung der hiesigen Persönlichkeiten, deren Autorität und Zuständigkeit über jeden Zweifel erhaben sind.“

Die Taktik des deutschen Centrums, die darauf hinausläuft, allen Herren gleichermassen zu dienen, um selbst zu herrschen, sährt nicht nur auf dem allgemein politischen Gebiet zu einer immer stärkeren centrifugalen wirkenden Durchsehung der in der Partei vereinigten, verschiedenartigen Interessengruppen, sondern auch in den spezifischen Kirchenfragen führt die Politik der liberalen Sammlung zu Konfusion. Rom betrachtet mit Mißtrauen die allen lokale Entwicklung des deutschen Centrums. Die obige Auslassung ist ein auherst scharfer Verweis, den die römische Oberregierung des katholischen Christentums dem deutschen Centrum erteilt. Die liberale Internationale wehrt sich gegen den von dem deutschen Centrum bestrittenen verdächtigen Rationalismus. Die Dieber-Deute erscheinen in Rom unzuverlässig.

Das ist wieder eine kleine Reife Sprengpulver für den Centrumssturm. Es wäre aber verfehlt, dieselbe innere Auseinandersetzungen für entscheidend oder auch nur bedeutend zu halten. Auch für das „nationalisierte“ Centrum führen alle Weg nach Rom, zumal es auf seiner Kontroute neuerdings sogar einflußreiche Reichsbegeleiter aufherhalb der katholisch Gelanften gefunden hat.

Chinafranke. Der Dampfer „Cesfeld“, der den letzten diesjährigen Truppentransport brachte, landete am Dienstag in Bremerhaven drei Feldlazarette, das Lazarettdepot sowie 20 Offiziere und 378 Mann Reconvalleszenten und Kranke.

Erstwahl zum badischen Landtag. Aus Baden wird uns geschrieben: Durch die Ernennung des einzigen konservativen Abgeordneten der zweiten Kammer, Freiherrn von Stöckborn, zum Landgerichtsdirektor in Pöschel ist eine Remodul im Bezirk Karlsruhe-Land nötig geworden. Bei den Wahlen vor zwei Jahren hatte v. Stöckborn im zweiten Wahlgange mit 77 gegen 74 Wahlmännern Stimmen über den socialistischen Kandidaten

Apotheker Luz in Baden-Baden gestieg, nachdem im ersten Wahlgang 55 sozialistische, 48 konervative und 36 antisemitische Stimmen abgegeben worden waren bei 17 Verpösterungen. Da das alte Wahlmänner-Kollegium jetzt wieder zu wählen hat, ist — wie auch die bürgerliche Presse glaubt — der Sieg der Sozialdemokratie sehr wahrscheinlich, umso mehr, da ein großer Teil der bürgerlichen Wähler mit der Abgeordnetenwahl ihres bisherigen Vertreters nicht weniger als zufrieden ist. Soweit bis jetzt verläutert, beabsichtigt Herr v. Stochhorner nicht, sich wieder um den Sitz im Landtag zu bewerben. Die liberale Presse begrüßt diesen Entschluß v. St. als die einzige Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr des sozialistischen Angriffs auf das seit jeher in konservativem Besitz befindliche Mandat und meint, man müsse, falls die konservative Partei künftighin überhaupt noch eine Vertretung in der Zweiten Kammer haben wolle, dem sozialistischen Bewerber einen gründlichen Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse gegenüberstellen, der einerseits entschlossen sei, die Interessen der Landwirtschaft mit Entschiedenheit zu vertreten, andererseits aber auch mit mehr als einem Tropfen socialen Deles gesalbt sein müsse. — Unter dem Namen der Person des Kandidaten noch kein Beschluß gefaßt. Vorläufig wird Genosse Luz sich wiederum um den Sitz bewerben. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Das Gedicht von der „Hunnen-Medaille“ beschlagnahmt am Dienstag noch einmal das Reichsgericht. Am 11. Juni ist der verantwortliche Redakteur des „Volksblattes für Halle“, Genosse E. W. i. e. n. t. h., vom Landgericht Halle a. S. von der Anklage der Majestätsbeleidigung, bezogen durch den Abdruck des Gedichtes „Die Hunnen-Medaille“ aus einem andern Blatte, freigesprochen worden, nachdem ein früheres verurteilendes Erkenntnis auf die Revision des Angeklagten vom Reichsgericht aufgehoben worden war. — Die Revision des Staatsanwalts gegen das freisprechende Urteil wendete sich lediglich gegen die tatsächlichen Feststellungen, wurde vom Reichsgericht nicht vertreten und vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. —

Ausland.

Dänemark.

Der Militarismus. Als das neue Ministerium ans Amt kam, wurde von den Konservativen behauptet, daß die Interessen der Landesverteidigung nun ganz und gar vernachlässigt werden würden und in militärischer Hinsicht nichts von der neuen Regierung zu erwarten sei. Tatsächlich hatten auch die Liberalen bisher den militärischen Forderungen einen gewissen Widerstand entgegengesetzt und so haben sie es auch verstanden, im vorigen Jahre sowie vor zwei Jahren die Vorschläge der Regierung auf Anschaffung neuer Feldgeschütze in einem Ausschuss zu drängen. Jetzt hat das liberale Ministerium die Vorschläge der konservativen Minister wieder aufgenommen und verlangt nicht weniger als 5 Millionen Kronen für neue Feldkanonen und Zubehör. Hier von sollen 2 500 000 Kronen im Finanzjahr 1902/1903, das übrige je zur Hälfte in den Jahren 1903/1904 und 1904/1905 verwandt werden. Gleich nach Bekanntwerden der Vorlage protestierte nicht nur der Genosse Clausen, sondern auch einige Liberale gegen die Vorlage. Das Parlament wird sich jedenfalls noch eingehend mit dem Militarismus des neuen linken Ministeriums zu beschäftigen haben. —

Norwegen.

Wirkung der Zollerhöhungen. Gleich nach Einführung der neuen Tabakzölle haben die Fabrikanten ihre Preise für Tabake und Cigaretten erhöht. Der Preis der Cigaretten wurde per 1000 Stück um 5 Kr., der der Roh tabake per Kilogramm um 60—70 Oere erhöht. Cavendish-Tabake kosten per Kilogramm 1 Kr. mehr, und auf die Viertelstöße Rauf tabak wurden 6/4 auf Portorico 7 Oere aufgeschlagen. Für andere Rauf tabake in Paketen wurde der alte Preis beibehalten, das Gewicht aber um 20 Proz. vermindert. Vergleicht man diese Preissteigerungen mit den Erhöhungen der Zölle, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Konsumenten nicht nur eine erhöhte Steuer an die Staatskasse zu zahlen haben, sondern daß auch die Fabrikanten die Gelegenheit wahrgenommen haben, um sich einen erhöhten Profit zu sichern. —

Frankreich.

Die Bergarbeiter in Nord-Frankreich und der Generalstreik.

Die Mitglieder des Nationalkomitees sind jetzt von Saint Etienne in ihre Heimatorte zurückgekehrt und erhalten ihren Wählern Bericht. Von großem Interesse ist die Rede Evrards, des Delegierten für Pas de Calais. Evrard ist, wie Baskin, Lamendin und überhaupt die Bergarbeiter des Nordens, kein warmer Anhänger des Generalstreiks; auf dem Kongresse in Lens, wie in Paris, hat er sich gegen den Generalstreik erklärt. In Saint Etienne hat er für die Hinausschiebung des Generalstreiks gestimmt. Er machte u. a. folgende Ausführungen: Das Nationalkomitee wolle nicht alle Beschlüsse bekannt geben, um die Gegner nicht den Aktionsplan und nicht die Hilfsmittel wissen zu lassen, über welche die Bergarbeiter im Falle eines Streiks verfügen. Das Nationalkomitee sei sich der großen Verantwortung bewußt gewesen, die es auf sich genommen habe. Auf seinen Ruf würden 160 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, aber ehe sie, die Vertreter der Bergleute, einen solchen Kriegsruf erschallen lassen konnten, mußten sie auf das genaueste prüfen, unter welchen Bedingungen der Kampf stattfinden würde. Auch andre Arbeiter, in erster Linie etwa 150 000 Metallarbeiter, wären sehr bald mit in den Streik hineingezogen worden. Es mußte erwogen werden, ob die Chancen genügend seien, um es wagen zu können, einige Hunderttausend Arbeiter mit ihren Familien arbeitslos und damit brotlos zu machen. —

Evrard geht nun dazu über, die event. Unterstützung seitens der übrigen Arbeiterkassen und die zu erwartende Ausdehnung des Generalstreiks näher zu prüfen. Freilich, man hätte uns eine so weitgehende Unterstützung zugesagt, daß damit die Umformierung der heutigen Gesellschaftsordnung von einem Tag zum andern leicht hätte durchgeführt werden können. Dausjean, der Vorsitzende des Generalstreikkomitees, ist auf dem Bergarbeiter-Kongress in Lens erschienen, und hat gesagt: „Marschlerz, und 78 Organisationen, zum Teil große Landesorganisationen, werden Euch folgen!“ In Paris auf der Konferenz der Gewerkschaften habe es sich gezeigt, wie wenig Verlaß derartige Versprechungen bieten. Von 69 Organisationen seien nur 11 dem Ruf der Bergarbeiter gefolgt; nur drei von ihnen waren national organisiert. Bei den übrigen handelte es sich um Pariser Vereine. Die Verbinder und die Metallarbeiter erklärten, daß sie nicht in den Generalstreik mit eintreten würden, und der Vorsitzende des Eisenbahnverbandes, Guetard, ließ keinen Zweifel darüber, daß ihm der eine Generalstreiksversuch, den er seiner Zeit mit den Eisenbahnern gemacht habe, genüge. Von den Pariser Gewerkschaften erklärten fünf, ebenfalls nicht in den Generalstreik eintreten zu wollen, nur die Pariser Hutmacher und eine andre kleine Gewerkschaft sagten zu. Evrard erinnert sodann an den Streik von 1893, wo die belgischen Bergarbeiter erklärt hatten, daß sie, ihrer 125 000 Mann, ihren französischen Brüdern zu Hilfe kommen würden. Anstatt aber die Hände hinzulegen, hätten damals die belgischen Bergarbeiter durch ihr Weiterarbeiten die Niederlage der französischen herbeigeführt. —

„Uebrigens“, so schloß Evrard, „Ihr habt uns nicht beauftragt, durch Euren Generalstreik die sociale Revolution vorzubereiten; Ihr habt nur von uns verlangt, daß wir die Chancen des bevorstehenden Generalstreiks studieren, eines Streiks, der vollkommen auf ökonomischer Grundlage beruht. Erst wenn alle Arbeiter bereit sind, die Arbeit zu verweigern, erst dann haben wir zu unteruchen, ob der Generalstreik ein Mittel der socialen Revolution sein kann. Wird diese Frage bejaht, dann werden die Bergarbeiter nicht die letzten sein. —“

China-Anleihe. Die vom Finanzminister eingebrachte und vom Ministerrat genehmigte Vorlage zur Deduktion der Kosten der China-Expedition und der aus Anlaß derselben an Privatpersonen zu zahlenden Entschädigungen besteht in der Emission einer nicht amortisierbaren Anleihe von 265 Millionen Frank drei Prozentiger Rente. Gleichzeitig zieht der Finanzminister denselben Betrag an Rente, welchen er aus der Caisse des Dépôts et Consignations entnommen hat, ein und wird denselben nach Maßgabe der Einnahmen der von China zu zahlenden Kriegsschadigungen zurückerstatten. Auf diese Weise soll ermöglicht werden, ohne die Ziffer der öffentlichen Schuld zu erhöhen und ohne neue Belastung der Steuerzahler, die den französischen Staatsangehörigen ausstehenden Entschädigungen zu leisten. Wenn das Parlament die Vorlage genehmigt, soll die Emission der neuen Rente in kürzester Zeit erfolgen. Um die Zeichnung auch der bescheidensten Beträge zu erleichtern, wird der Finanzminister für die Einzahlung der genehmigten Beträge eine Frist von mehreren Monaten gewähren. —

Italien.

Die Korruption der Presse in Neapel. Aus den Berichten der Untersuchungskommission geht hervor, daß die Presse von Neapel, mit der alleinigen Ausnahme des socialistischen Blattes „La Propaganda“, dem übrigens, wie bekannt, die Aufdeckung dieser Wirkungsweise hauptsächlich zu danken ist, vollkommen in den Diensten der Camorra gestanden hat. Die Redacteure haben für Geld die öffentliche Meinung betrogen und ihre journalistische Pflicht auf das schärfste verletzt. Der schlauwe Bürgermeister Summonte wußte wohl, welche Macht die Presse besitzt, und machte sie durch Verletzungen seiner Absichten dienstbar. Eine ganze Anzahl der Redacteure war zugleich städtische Beamte; so z. B. war Redacteur Tubisco vom „Corriere di Napoli“ Inspektor der Trampwaagen, so auch Rosolino vom „Matino“ und Rota vom „Paese“. Die großen Summen, welche die ersten Redacteure und Verleger schlugen, haben wir schon abgeführt, aber auch die Genannten und noch viele andre sind von den Unternehmern gekippt worden und haben außerdem aus dem Stadtsäckel Unterstützung erhalten. —

Scarogglio, der Direktor vom „Matino“, legt sich jetzt aufs Reuegen und versucht, den Senator Saredo, den Verfasser des Berichts, zu verunglimpfen. Dieser geriebene Gauner ist in seiner Verteidigung nicht ungeschickt. Er beschuldigt noch berühmten Mäurer noch viele andre, die ebenfalls öffentliche Gelder erhalten haben. Er greift die ganze Beamtenschaft, die ganze Stadt, alle 600 000 Einwohner an; er behauptet, und nicht mit Unrecht, daß mit Ausnahme einer einzigen, der socialistischen Partei, von der die erste Anklage erhoben wurde, alle Parteien, alle Klassen mehr oder weniger an der Korruption beteiligt seien oder doch schuld daran hätten, daß sie besteht. „Diese Untersuchung“, so ruft er aus, „welche uns beschuldigen wollte, beschuldigt nicht eine Reihe von Namen, sondern beschuldigt die ganze Bourgeoisie. Dieser Bericht Saredos ist nicht eine konservative Arbeit, sondern ein Artikel des socialistischen Blattes von 2000 Seiten.“

England.

Der Polizeistuppel in Irland. Krige Zwischenfälle haben sich in Kilmoin in Irland zugetragen und zwar anlässlich einer öffentlichen Versammlung, in welcher die Abgeordneten Redmond und O'Donnell sprechen sollten. Als letzterer das Wort ergreifen wollte, forderten die Polizisten ihn auf, zu schweigen. Als er trotzdem sprechen wollte, rissen sie ihn von der Tribüne, wobei sie ihn mit Knütteln verletzten. Die Versammlung wurde alsdann aufgelöst. Als nun das Publikum sich nicht schnell genug entfernen konnte, schlugen die Polizisten mit ihren Knütteln in die Menge, wobei mehrere Verwundungen vorliefen. —

Die Pest. Im Hospital in Liverpool wurden zwei Pestfälle festgestellt. —

Rußland.

Jagd auf Agitationsschriften.

Man übersendet uns nachfolgendes, aus einem russischen Lehrbezirk stammendes geheime Dokument zur Veröffentlichung: Ministerium der Volksaufklärung, Kurator des Lehrbezirks, Nr. d. 10. Septemb. (2/10) 1901.

S. Wohlgeboren, dem Herrn Direktor des Gymnasiums.

Der Herr Kurator des Wilna'schen Lehrbezirks legte dem Ministerium der Volksaufklärung einige Exemplare von Flugblättern und Proklamationen des Centralkomitees des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland vor, die von unbekanntem Verfertiger den Schülern und Lehrern des Wilnaer Lehrereinsitzes zugehant wurden. In Erwägung dieses hat Seine hohe Exzellenz, der Herr Minister der Volksaufklärung angeordnet, Maßregeln zu ergreifen, um die Verbreitung derartigen Schriften unter der jüdischen Schulschule und auch in andern Lehranstalten zu verhindern. Dieses zu Ihrer Kenntnisnahme bringend, bitte ich Sie, die nötigen Schritte zu veranlassen. Kurator des Lehrbezirks (Unterschrift), Kanzleiverwalter (Unterschrift.)

Aus nachstehenden Gründen ist es nicht möglich, den Lehrbezirk anzugeben, aus welchem dieses Dokument herkommt. Wie ersichtlich, hat die Initiative in der Spionage nach verbotenen Schriften, die unter Lehrern und Schülern von unbekanntem Verfertiger verbreitet werden, der Herr Kurator des Wilna'schen Lehrbezirks auf sich genommen. Aber wenn auch alle Briefe und Postsendungen an die Lehrer unterschlagen und bei den Schülern der älteren Klassen wie auch bei den Lehrern nach so oft Handsuchungen abgehakt werden sollten — das freie revolutionäre Wort wird doch nicht ausgerottet werden. Die Regierung, die jede unabhängige Zeitschrift verbietet (seltend „Siewerny Kurjer“ und „Schidn“) und die gemeinsten Schmutzblätter, wie „Moskowskija Wjedomosti“, „Kowoje Wremja“ u. a., unterhält, ruft selbst in allen Schichten der Bevölkerung das Bedürfnis nach einem freien Wort hervor. —

Und die schlichten Helden, die sich der unmenschlich schweren Arbeit in den geheimen Tunderen in Rußland in der vollen Gewissheit unterziehen, früher oder später abgefahret und eingekerkert zu werden, werden stets Wege finden, der Arbeiterkassen und der jungen Generation des gelackerten Volkes, die einst die jetzigen Freiheitskämpfer ablösen wird, aufklärende Lektüre zugänglich zu machen. —

Sektierer-Befehle. Wie man in Rußland die Sektierer zur Orthodoxie befehlet — sanderte in einer Rede der Adelsmarschall der Provinz Orel, Herr Stachowitsch, auf dem jüngst in Orel abgehaltenen Kongress der hauptsächlichlich von Sektierer-„Bekehrung“ beschäftigten Pfaffen. „Es wurden die als Stundisten verächtigen Bauern mit Zustimmung der Zivilbehörden eingesperrt, auf einen Tisch ein Heiligenbild aufgestellt und dann die Sektierer einzeln vorgeführt. „Rüffe!“ „Ich will die Bösen nicht küssen!“ „Ach so!“ Und der Tropfopf wird sofort auf der Bank langgestreckt und durchgerührt. Die schwächeren bekannten sich schon nach der ersten Tracht Prügel wieder zur Orthodoxie, die Stärkeren — haben sie die drei Mal ausgehalten.“

In einem andern Dorfe in derselben Provinz hat Herr Stachowitsch auf seine Anfrage, wo sind denn viele Stundisten des betreffenden Dorfes geblieben, von dem Dorfpopen folgende Antwort erhalten: „Durch Gottes Gnaden sind sie nach Transkaukasus und Sibirien verbannt.“ In der That, der Gott der russischen Orthodoxie ist gnädig! —

Rußland und Afghanistan. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht ein Interview mit dem Generalstabchef der russischen Armee, worin dieser erklärt, wenn England den geringsten Versuch mache, Truppen gegen Afghanistan zu mobilisieren, würden russische Truppen sofort Truppen nach Afghanistan abgehen. Die getroffenen Maßregeln seien derart, daß die Russen vor den englischen Truppen in Kabul eintreffen würden. —

Afien.

Zum Komplott in Teheran. Der Wiener persische Gesandte bezeichnet die Meldung über ein gegen den Schah gerichtetes Komplott als sehr übertrieben. Besonders sei es unrichtig, daß sich zwei Brüder an dem Komplott beteiligt hätten. Wahr sei nur, daß zwei höhere Beamte aus der Umgebung des Schahs als Teheraner ausgewiesen wurden. —

Ein neuer Zwischenfall in Peking hat sich in Verbindung mit den Octroi-Streitigkeiten am Montag ereignet. Die Chinesen legten auf deutsche Warensendungen Beschlagnahme, die von Peking über Peking nach Kalgan eingeführt werden sollten. Die deutsche Gesandtschaft hat in Abwesenheit des Herrn Dr. Kumm v. Schwarzenstein das chinesische Auswärtige Amt um Freigabe der Waren ersucht. Die Beilegung der Angelegenheit wird im Laufe der Woche erwartet. —

Amerika.

Ezolgosz' Hinrichtung vollzogen. Ezolgosz ist am Dienstag in Auburn (Staat New York) mittels Elektrizität hingerichtet worden. Er soll mit größter Fassung gestorben sein und die Zuversicht geäußert haben, daß seine That dem arbeitenden Volke zum Wohle gereichen werde. — Bemerkt sei, daß Ezolgosz nicht, wie behauptet wird, jüdischer Abstammung ist, sondern aus einer katholischen Familie stammt, wie unlängst die „Germania“ feststellte. —

Streit zwischen Weißen und Negern. Aus Baton Rouge (Louisiana) wird gemeldet: Der Gouverneur von Louisiana erhielt gestern aus dem Washington-Bereich die Meldung, daß zwischen Weißen und Schwarzen in Ballston ein großer Streit zum Ausbruch gekommen sei; 30 Personen seien getötet. Der Gouverneur hatte bereits Vorbereitungen zur Entsendung von Truppen treffen lassen, als die Nachricht einging, daß wieder Ruhe herrsche; die Truppen werden jedoch noch in Bereitschaft gehalten. Die Unruhen waren durch den Streit zwischen einem weißen Polizeibeamten und einem Neger über die polizeiliche Erlaubnis für einen von letzterem gehaltenen Erfrischungsstand hervorgerufen worden. —

Der Boeren-Krieg.

Eine schwere englische Schlapp.

melden zwei Telegramme Ritzeners aus Pretoria: Eine vom Osten her auf dem Mariche nach Jeerust befindliche englische Kolonne wurde am 24. d. Mts. in der Nähe des Großen Marico-Flusses von den Kommandos Delareys und Kempys angegriffen, welche mit einem heftigen Vorstoß durch den dichten Busch hindurchbrachen, nach heftigen Kämpfen aber zurückgeworfen wurden. Die Boeren hatten 40 Tote, darunter den Kommandanten Onisterhuyzen, die Engländer 2 Offiziere, 26 Mann tot, fünf Offiziere, 50 Mann verwundet. Die Boeren erbeuteten acht Wagen der Engländer. Von den Wagenführern, Kanonieren und den Northumberland-Päsilieren, welche die Wagen begleiteten, wurden 37 getötet oder verwundet. Als eine Schlapp, welche den Engländern 83 Tote und Verwundete und 8 Wagen kostete. Der Boerenverlust betrug jedenfalls nur auf einer Schätzung, da die Boeren ja die Sieger waren. —

Der Gefangenahme entgangen

ist wieder einmal Louis Botha. Aus Pretoria wird darüber gemeldet: General Botha ist der Gefangenahme durch Oberst Remington mit knapper Not entgangen. Die Engländer überreichten sein Lager. Botha entkam mit nur wenigen hundert Jords Vorprung, er bäute seinen Hut, seinen Revolver und seine Papiere ein, welche in die Hände der Engländer fielen. Jehn Boeren wurden gefangen genommen. Botha hat nur noch einen kleinen Rest der Truppen bei sich, die vor kurzem Natal bedrohten. Die übrigen sind zerstreut. —

Was helfen den Engländern Bothas Hut, Revolver und Papiere, wenn ihr Besitz ihnen auch diesmal entgangen ist! Auch daß Bothas Mannschaften zerstreut sind, ist ein magerer Trost. Diese Mannschaften haben sich zerstreut, weil sie Egel gewesen wären, sich einem vielfach überlegenen Feind zur offenen Feldschlacht zu stellen. Zudem sie sich zerstreuten, ließen sie den 20 000 Mann englischer Truppen, die Ritzener zu dem großen Kesselstreifen entsandt hatte, das Nachsehen. Wenn die Truppen wieder abmarschieren werden, werden die Boeren wahrscheinlich prompt wieder aufstehen, um dem Feind allerhand Streiche zu spielen. Vielleicht vereinigen sich die 2000 Boeren unter einer ganz andern Stelle des Kriegsschauplatzes, um einige rasche Streiche zu führen und dann den herannahenden Engländern wieder genau in derselben Weise zu entweichen. —

Zum Centrum der Kapkolonie

haben die englischen Freijäger den gleichen Misserfolg gehabt. Aus Middelburg wird nämlich berichtet: Mit Ausnahme des Kommandos von der Venters, mit welchem Oberst Lukin am 21. Oktober ein Gefecht hatte, sind alle Boeren im Centrum und Nordosten der Kapkolonie den englischen Abteilungen mit Erfolg ausgewichen. Nyburg, Joubert und Westels befinden sich noch in der Nähe von Karmelspruit und streifen in den Eingeborenen-Bezirken umher. Pyper, Bomvers und Smulds werden in ständiger Bewegung gehalten. —

Ueber eine Reihe von Gefechten

berichtet Lord Ritzener: General Botho habe die im Bau befindliche Linie der Hochhäuser in der Nähe von Wadfontein am 24. angegriffen, sei aber mit leichter Mühe zurückgetrieben worden. Die Abteilungen Williams und Fortecues seien in der Nähe der De-Wagen-Drift von den Boeren angegriffen worden, hätten den Feind aber nach Nordosten zurückgeworfen, wobei die Boeren 6 Tote und 17 Gefangene verloren hätten, darunter einige Leute der Staatsartillerie mit Kapitän Koorn, welche Dynamit zum Zerlören von Eisenbahnsäulen bei sich hatten. — Seit dem 21. d. Mts. seien insgesamt 74 Boeren getötet, 16 verwundet und 359 gefangen genommen worden. 45 hätten sich ergeben. —

Zum Boykott Englands.

Zwei Delegierte des Amsterdamer Komitees, die Genossen U. liege n und B. str a, kamen in diesen Tagen nach Hamburg, um sich über die Stimmung zu orientieren und Rücksprache mit den Hafenarbeitern zu nehmen. In einer Zusammenkunft einer Anzahl von Hafenarbeitern mit den niederländischen Genossen wurde die ganze Sache gründlich besprochen. Das Resultat war, daß sämtliche Teilnehmer an der Zusammenkunft ihre Sympathie für den in Aussicht genommenen Boykott der englischen Schiffe erklärten. Es wurde sofort ein Komitee niedergesetzt, welches sich mit dem großen Amsterdamer Komitee in Verbindung setzen und alle notwendigen Vorarbeiten besorgen soll. In gegebener Zeit soll das Komitee sich an die gesamten Hafenarbeiter wenden. Das Heroldsche Depeschenbureau bringt folgende Meldung zur Boykottbewegung: Amsterdam, 20. Oktober. Sämtliche Arbeiterverbände der Niederlande wurden aufgefordert, die Boykottbewegung gegen die englischen Frachtschiffe durch Geldmittel zu unterstützen. Eine Ver-

Sammlung, welche sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird, findet morgen statt.

Antwerpen, 29. Oktober. In dem gestern anlässlich der Wohltätigkeitsbewegung abgehaltenen Meeting erklärten verschiedene Redner, die Organisation des Wohltats sei sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Man begnügte sich mit der Annahme einer Sympathie-Adresse.

Genua, 29. Oktober. Die hiesigen Doodarbeiter erklärten, sich der Wohltätigkeitsbewegung gegen die englischen Schiffe nur dann anzuschließen, wenn die Bewegung eine allgemeine sei.

Die — sehr boerenfreundliche — Rhein-Week-Ing. läßt sich aus Amsterdam über den geplanten Wohltat schreiben:

Ein bedeutender Gedanke ist in Amsterdam aufgetaucht und ist seit einiger Zeit sowohl im Volke wie in der Presse Gegenstand lebhafter Erörterungen. Während von Sympathie und Bewunderung für das heldenhafte Boerenvolk, des nutzlosen Redens und Protestierens müde, haben die Doodarbeiter in Amsterdam sich aufgerafft, um durch eigene Kraft etwas für die Sache der Boeren zu stande zu bringen. Sie beabsichtigen durch einen allgemeinen Wohltat der englischen Schiffe vielleicht auf die Mächte einen Druck auszuüben, die dann England den erforderlichen kleinen Bist zulassen lassen würden. Dieser Plan, der mit viel Ueberlegung und in bester Absicht gefaßt wurde, ist doch in hohem Grade leichtsinnig und gefährlich. Man sehe den ebenfalls ganz unmöglichen Fall, daß alle Häfen Europas — Amerika ist schon ganz ausgeschlossen — sich der Bewegung anschließen, wie es bisher aus einigen belgischen und holländischen Häfen berichtet wird, was würde die Folge sein? England würde seinen Bedarf aus Amerika und den Kolonien beziehen. Seine Ausfuhr nach Europa würde allerdings lahmgelegt sein, insofern es seine Schiffe nicht unter fremder Flagge fahren ließe oder mit eigenen Arbeitern das Laden und Löschen besorgen würde. Diese Arbeiter müßten dann, laut den Handelsverträgen, von unsern eigenen Soldaten beschäftigt werden. England würde in diesem Falle in allen Häfen eigene englische Agenten anstellen — wie es bereits in Antwerpen geschieht — und die bisherigen fremden Agenten könnten nach dem Wohltat einpacken. Was das auf sich haben würde, beweist ein Bild auf die Fahlen. Während die englische Handelsflotte aus 35000 Schiffen (wovon 19000 Dampfer) besteht, umfassen sämtliche übrigen Handelsflotten deren nur 85000, wovon nur 15000 Dampfer sind. Etwa die Hälfte des Weltverkehrs würde durch diesen Wohltat also, falls er allgemein würde, plötzlich unterbrochen sein und eine Krise schlimmer Art eintreten. Das wahrheitsgierige aber kopflöse Komitee hat alle Boerenfreunde aufgefordert, einen Fonds zur Unterstützung der streikenden Doodarbeiter zusammen zu bringen, bereits sind 3000 fl. eingegangen. Aber wie, fragen wir nochmals, will man dem Elend großer Massen Menschenmassen feuern, die allein den Streik erfolgreich machen könnten? Wird der Wohltat nicht allgemein, so braucht man überhaupt kein Wort mehr darüber zu verlieren. Er wird auch nichts weiter bleiben, als eine leere Demonstration, die verpufft.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften! Wir ersuchen hiermit alle, die noch in Besitze von Sammellisten für die Glasarbeiter sind, möglichst umgehend Listen und Gelder an unser Bureau abzuliefern. Die Listen tragen den Stempel der Berliner Gewerkschaftskommission und sind, laut Regulativ der Berliner Gewerkschaftskommission, Listen und Gelder nur auf unserm Bureau abzurechnen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Her 15, part.

Deutsches Reich.

Der Konflikt der Leipziger Holzarbeiter mit einem Teil der Unternehmer kommt am härtesten zum Ausdruck bei der Firma Schlobach, Kunstholzwerke in Gohlis. Die genannte Firma weigert sich hartnäckig, zur Beilegung der Differenzen die Hand zu bieten. Sie ist vielmehr eifrig bestrebt, an Stelle der ausständigen Tischler und Maschinenarbeiter Ersatzkräfte heranzuziehen. In Leipzig findet der Unternehmer natürlich keine Streikbrecher, und deshalb wendet er sich nach einer der nächstgelegenen Gegenden Deutschlands, nach Schlessen. Die Firma sucht durch Inserate in einem bürgerlichen Blatte in Hirschberg Tischler und Maschinenarbeiter, die — natürlich — dem Verband nicht angehören. Selbstredend wird dafür gesorgt werden, daß auch aus Schlessen keine Streikbrecher nach Leipzig gehen.

Vom Unterstützungs- und Kasseneisen im Buchdrucker-Verband. Der "Correspondent" veröffentlicht eine Uebersicht dessen, was die Kassen der Gawe, Bezirke und Orte im Jahre 1900 für die verschiedenen Einrichtungen der Organisation geleistet haben. Aus der Zusammenstellung seien folgende Posten angeführt: Die genannten Kassen haben insgesamt an 604 044.80 M. Davon entfallen auf Unterstützung für Arbeiter 485 021.74 M., Reisende 4271.40 M., Kranke 77 485.55 M., Invaliden 17 844.80 M., Witwen und Waisen 44 814.62 M., Sterbefälle 6 777.50 M., an andere Bezirke 11 712.06 M., Extra-Unterstützung 18 904.30 M. — Der Bestand der genannten Kassen betrug im Jahre 1899 777 086.21 M., er stieg 1899 auf 906 370.88 M., und im Jahre 1900 auf 1 082 715.91 M. — Es sei bemerkt, daß außer den angeführten Gesamtausgaben der Gawe, Bezirke und Ortsklassen (604 044.80 M.) von der Hauptkasse des Verbandes zum Teil für dieselben Zwecke im Berichtsjahre 1 244 195.44 M. aufgewendet wurden. — Obwohl sich schon im Vorjahre die wirtschaftliche Krise bemerkbar machte, ist das Vermögen in allen Kassen der Verbandbuchdrucker gestiegen. Dasselbe beträgt in der Verbandskasse 3 092 155.02 M. und in den lokalen und Ortsklassen 1 082 715.91 M., rechnet man noch den Bestand der Central-Invalidenklasse in Bism. mit 605 452.81 M. hinzu, so verfügten die organisierten Buchdrucker am Jahresanfang über ein Vermögen von 4 898 823.74 M.

Rußland.

Die Angestellten der Strassenbahn in Wien haben, wie wir kürzlich mitteilten, die Direktion um Erfüllung verschiedener Forderungen ersucht. Insbesondere wollen die Angestellten von der durch die Direktion einseitig verfügten Verlängerung der Arbeitszeit nichts wissen. Seiner Zeit betonten die Angestellten, daß sie wenigstens vorläufig an einen Streik nicht denken. Das Bureau Harold meldet jetzt, die Angestellten der Strassenbahn hätten die Absicht bekundet, bei Nichtbewilligung der gestellten Forderungen in den Streik einzutreten.

Versammlungen.

Eine sehr gut besuchte Kommunalwähler-Versammlung für den 44. und 45. Bezirk tagte am Montag im Ehren-Palais, Roablt. Das Referat über die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen hatte Genosse Fritz Rubel übernommen, der u. a. mit dem Hinweis auf die letzten Vorgänge namentlich den Hyazinthenismus in der Stadtverwaltung gegenüber dem persönlichen Regiment geißelte und das reaktionäre Verhalten des Berliner Kommunal-Freiworts zu den wichtigsten sozialen Aufgaben der Kommune einer lebhaften Kritik unterzog. Der zweistündige Vortrag, in dem der Redner auch die Forderungen der Sozialdemokratie und ihre bisherige Tätigkeit im "Roten Hause" erörterte, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt, da sich von den anwesenden Gegnern trotz wiederholter Aufforderung niemand zum Wort meldete. Vom Vorsitzenden wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag eine Flugblattverbreitung vorgenommen wird und daß am Montag in demselben Lokal wieder eine Versammlung stattfindet, in der Genosse Singer spricht.

Eine Generalversammlung der Freien Volkshöhle fand am 24. Oktober in der Berliner Ressource statt. Der Abend wurde durch einen interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Regisseurs Herrn Fickel über "Regiekunst" eröffnet. In seinem Geschäftsbericht teilte der Vorsitzende Courad Schmidt mit, daß eine große Anzahl neuer Mitgliedermeldungen diesmal nicht mehr hätte berücksichtigt werden können. Trotzdem seien die Abteilungen so gefüllt, daß man beim besten Willen im Berliner Theater die Spielplätze nicht habe ausfüllen können. Der Vorstand werde bereits dieser Tage in Unterhandlungen mit den Theatern treten, um, wenn irgend möglich, für die nächste Spielaison eine größere Anzahl von Sonntagnachmittagen für Vereinstellungen kontraktlich festzulegen. Nach den jetzt gemachten Erfahrungen könne man auf eine Mitgliederzahl von 8000—9000 Personen im nächsten Jahre mit Bestimmtheit rechnen. — Zum Repertoire übergehend, erklärte er, daß nach der Aufführung von "Othello", "Geipenfer" und "Friedensfest" nunmehr einige leichtere und bessere Stücke zur Darstellung kommen würden, so Angenrubers "Deingefunden" im Berliner Theater und Mollières "Eingebildeter Kranker" mit Thoma's "Medaille" im Vesting-Theater. Für einen späteren Termin sei die Aufführung des Wienerischen Revolutions-Dramas "Dantons Tod" in Aussicht genommen.

Dem Geschäftsbericht folgte der Kassenericht des Kassierers Gustav Winter. Derselbe betrug vom 1. Juli bis 1. Oktober 1901 die Einnahmen 15 508.06 M., die Ausgaben 9054.08 M., so daß am 1. Oktober ein Bestand von 6514.68 M. verblieb. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Unter Verschiedenem wurde aus der Versammlung heraus eine Anfrage, betreffs der geplanten Opernvorstellungen, gestellt. Im Namen des Vorstandes erklärte Benno Raab, daß die mit dem Theater des Bestens gefolgten Verhandlungen leider im letzten Augenblicke gescheitert waren. Man hoffe aber, Ertrag zu schaffen. Lebhafteste Klage wurde über das Zusätkommen im Theater geführt. Zum mindesten, darin stimmten alle Redner überein, mühte verlangt werden, daß die Verspäteten den angefangenen Akt stehend anhören und nicht durch Auffuchen ihrer Sitze die Stimmung der andren stören. Beweis wurde hinsichtlich der Feste das ungehörige Reservieren von Plätzen durch einzelne, früh kommende Vereinsmitglieder scharf gerügt. Der Antrag des Mitgliedes Schneider, daß das Reservieren von Plätzen und Stühlen auf den Festen der Freien Volkshöhle fortan nicht gestattet sein soll und daß eventuell die Ordner diesem Verbote Geltung zu verschaffen haben, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Die Mineralwasser-Arbeiter hatten am 13. Oktober eine öffentliche Versammlung veranstaltet. Genosse Körtgen besprach in einem beifällig aufgenommenen Vortrag die Vorteile, welche der Anschluß an die Gewerkschaftskommission, den der Verein der Mineralwasser-Arbeiter sichtlich vollzogen hat, der Organisation bietet. Es ließen sich 8 neue Mitglieder in den Verein aufnehmen.

Am 22. Oktober hielt der Verein der Mineralwasser-Arbeiter seine Generalversammlung für das 3. Quartal d. J. ab. Der Bericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 3125 M., eine Ausgabe von 75.90 M., darunter 50 M. für die Glasarbeiter. Der Bestand ist 428.93 M. Dem Bericht des Arbeitsnachweises war zu entnehmen, daß seit dem 1. Mai 31 Stellen durch den Verein vermittelt wurden. Durch Anschluß an die Gewerkschaftskommission vor eine Erhöhung des Beitrags notwendig und wurde beschlossen, denselben vom 1. Januar 1902 auf 50 Pf. pro Monat zu erhöhen. Eine Kommission wurde beauftragt, mit dem Vorstand gemeinsam ein neues Statut auszuarbeiten. Auch ein Agitationskomitee, bestehend aus sechs Kollegen, wurde gewählt, um die Sännigen aufzurufen.

Der Verband der Tapezierer hielt am Montag eine kombinierte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende Bels den Bericht der Ortsverwaltung. Es waren im Laufe des Jahres 18 größere Differenzen mit Arbeitgebern zu erledigen, wovon 10 zu Gunsten der Arbeiter entschieden wurden, 8 aber erfolglos blieben. Die Gründung des paritätischen Arbeitsnachweises hat anfangs bei vielen Mitgliedern Widerspruch hervorgerufen, man hat sich nun aber im allgemeinen an die neuen Verhältnisse gewöhnt; Klagen von principieller Bedeutung sind dem Kuratorium nicht zugegangen. Die Bemühungen der Organisation zur Regelung des Lehrlingwesens sind, ebenso wie die diesbezüglichen Bestrebungen der Geschäftvertreter in der Innung, erfolglos geblieben. — Der Jahresbericht des Kassierers weist in der Bilanz die Summe von 14 297.59 M. auf. An die Hauptkasse wurden in bar und in Belegen 4519.31 M. gelangt; der Kassenbestand beträgt 2400.08 M. Im Quartalsbericht belaufen sich die gesamten Einnahmen nebst dem vorhandenen Kassenbestande vom vorigen Quartal auf 1506.09 M. auf 3878.54, die Ausgaben auf 1473.51 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, statt der bisherigen Bezirksversammlungen 2 Mitgliederversammlungen im Monat abzuhalten, wovon die erste in der Regel im Centrum der Stadt, die zweite im Gewerkschaftshaus stattfinden soll. Das Gehalt des ersten Kassierers wurde nach lebhafter Debatte von 1600 M. auf 1800 M. erhöht, geltend vom 1. Oktober ab. Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Bels, 2. Erbauer, 1. Kassierer: Leo Schmidt, 2. Rinn., Schriftföhler: Grunsi und Schön, Redigoren: Sander, Lud und Jent.

Die Gold- und Silberarbeiter hielten am 22. Oktober eine Generalversammlung ab, in der, nachdem die Agitationskommission einen Bericht über ihre Tätigkeit erstattet hatte, folgende Kollegen in diese Körperschaft gewählt wurden: Präsident, Almenninger, Tischler, Weder, Sehnemann, Feistel und Schubert. Zum Schluß wurde darauf aufmerksam gemacht, daß am 2. November die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse stattfindet und daß eine rege Beteiligung an derselben erwünscht sei, da sehr bedeutende Änderungen des Statuts auf der Tagesordnung stehen.

Die Bauarbeiter centraler Richtung nahmen in der am Sonntag abgehaltenen kombinierten Versammlung einen Vortrag des Genossen Kisten über die Bedeutung des Unfallversicherungsgesetzes entgegen. — In die Lohnkommission wurde Kuchendörfer für die Rabispänner und Hylschewsky für die Lohnarbeiter gewählt.

Köpenick. Am 22. Oktober hielt der "Socialdemokratische Wahlverein für Köpenick" seine Generalversammlung ab. Karl Schulze gab den Bericht des Vorstandes. Danach zählt der Verein zur Zeit 266 Mitglieder. Er hat im letzten Jahre 95 Mitglieder gewonnen. Die Bibliothek hat einen Bestand von 200 Bänden. Gelegen wurden von 1. Januar bis 30. September 38 Werke. So erfreulich die Mitgliederzunahme auch sein mag, so ist doch die Laune einzelner Mitglieder zu bedauern, die sich bemerkbar machte, als die Unterschriften auf die Petitionslisten gegen den Getreidezoll gesammelt wurden.

Der Kassierer Aubring gab den Kassenericht für das letzte Vierteljahr. Die Einnahme betrug 432.70 M., die Ausgabe 511.85 M., so daß ein Deficit von 79.15 M. zu verzeichnen ist, welches daraus entstand, daß der Verein von dem einen Drittel der Einnahme, welches ihm zur Verfügung steht, die Kosten der Landagitation gegen den Getreidezoll gedeckt und 50 M. für die Glasmacher bewilligt hat. Genosse Weis erstattete den Bericht von der Parteiposition.

Am Orte sind 378. "Vorwärts"-Leser. Der Ueberschuß der Parteispedition betrug im letzten Vierteljahr 150 M. Hieraus wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt Karl Schulze, Adlershofersstr. 7, 8 Treppen, als zweiter Vorsitzender Fritz Wolf, als Kassierer Hermann Kubling, als Schriftföhler Richard, als Beisitzer Hermann Dittmann. Als Revisoren wurden die Genossen Ladewig, Schulz, Jatsob und in die Lokalkommission Gehlig gewählt, welcher nun mit dem Vorstand die Lokalkommission bildet. Als Parteipeditur wurde Fritz Wolf wiedergewählt. Zur Generalversammlung wurden die Genossen Lische, Wolf und Karl Schulze delegiert. Im weiteren entspann sich eine lebhafteste Debatte über das Verhalten des Saalbesizers August Klein, welcher die Besucher der am 21. Mai

stattgefundenen Vereinsversammlung nach Eintritt der Polizeistunde durch einen Polizeibeamten hinausweisen ließ. Da Klein der Lokalkommission erklärt hat, daß er sein Lokal dem Verein nur bis zur Polizeistunde, die im Winterhalbjahr schon um 10 Uhr eintritt, zur Verfügung stellen kann, dies dem Verein aber nicht nützt, so wurde beschlossen, in dem genannten Lokal von jetzt an keine Versammlungen und keine Vergnügungen mehr abzuhalten.

Gewerkschaftskommission Charlottenburg. In der am 24. d. M. bei Ledder, Bismarckstraße 74, tagenden Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurde die definitive Wahl dreier Vertreter der Gewerkschaften in die Saalbau-Kommission für das bereits im Neubau begriffene Charlottenburger Volkshaus erledigt. Als gewählt gingen Bauarbeiter Gräber, Zimmerer Grig und Maler Flemming hervor. Nunmehr gab Metallarbeiter Menge als Mitglied des Kuratoriums für den städtischen Arbeitsnachweis für ungelernete Arbeiter einen sehr eingehenden Bericht über die Tätigkeit und Zuanpruchnahme desselben. Redner konstatierte, daß sich infolge der immer mehr überhand nehmenden Arbeitslosigkeit viele gelernete Arbeiter auf dem Nachweis einschreiben lassen, um dann als ungelernete Arbeiter die ersuchte Arbeit zu finden. Auch sei es zu verurteilen, daß verschiedene Charlottenburger Fabriken, Gewerbetreibende und sonstige Betriebe, sogar auch selbst der Magistrat als Arbeitgeber ihre zu gebrauchenden Arbeitskräfte nicht vom städtischen Arbeitsnachweis begehren, sondern die Arbeiter direkt auf den Arbeitsstätten einstellen; hierdurch werde dem verwerflichen System "des Umschauhaltens" immer mehr Thür und Thor geöffnet. Der wiederholte Antrag der Arbeitnehmer-Vertreter im Kuratorium: den Arbeitsnachweis auf die gelerneten Bezirke und auch auf das Gefinde auszuweiten, hat bis heute noch kein Gehör beim Magistrat gefunden. In der Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 waren zu verzeichnen:

Abteilung für Männer	Offene Stellen	Arbeits-gesuche	Belegte Stellen
3183	1157	5018	2402
Frauen		1470	594
Zusammen 1900/1901	4840	6486	2996
Dagegen waren 1899/1900	4689	6883	3153

Stadtv. Waack, ebenfalls Mitglied des Kuratoriums, sprach den Wunsch aus, daß der Antrag betreffs Erweiterung des Nachweises auf die gelerneten Arbeiter und das Gefinde direkt von der Gewerkschaftskommission dem Magistrat nochmals zugehen möge.

In der Diskussion wurde unter anderem betont, die Einberufung von Arbeitslosen-Versammlungen möge baldigst vorgenommen werden. Ein Antrag im Sinne der von Waack gegebenen Anregung wurde angenommen.

Ein Antrag der Zimmerer, den Jahresbeitrag zur Kommission von 20 auf 10 Pf. herabzusetzen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, die Delegierten für jede Kommissionsitzung mit 50 Pf. zu entschädigen. Von Kojelowsky wurde gerügt, daß verschiedene Gewerkschaften, namentlich die Metallarbeiter, bisher noch keine Kandidaten für die Delegiertenwahlen zur Allgemeinen Charlottenburger Orts-Krankenkasse aufgestellt haben und ersucht, dies schnell nachzuholen. Zum Schluß wurde ein Antrag Flemming angenommen, wonach zu dem Zweck, das Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung zu erwecken, öffentliche Versammlungen einzuberufen sind. Laut Ausweis der Wählerlisten haben sich vor zwei Jahren bei den Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung nur 40 Proz. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beteiligt. Die Verlesung der Wählerliste ergab, daß die Buchbinder und Sattler nicht vertreten waren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Budgetdebatte im östreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 29. Oktober. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Budgetdebatte erklärt Bogacnik, das slavische Centrum bringe der gegenwärtigen Regierung weder in vollwirtschaftlicher noch in nationaler Beziehung Vertrauen. Dupul schätzte aus, die Rumänen seien Freunde einer starken Centralregierung und eines starken Centralparlamentes und würden für das Budget stimmen. Ferner sprach er über die Sozialisten. Die Sozialisten könnten der gegenwärtigen Regierung nicht mehr Vertrauen entgegenbringen als den früheren Regierungen. Bei Abschluß der Handelsverträge würde seine Partei mit allen Mitteln gegen die Verwertung der Lebensmittel für die große Masse ankämpfen. Rathen betont, seine Partei werde stets entschieden für die Wahrung der Rechte des Parlamentes und dessen Arbeitsfähigkeit eintreten.

Derichatta erklärt, die vom Ministerpräsidenten betonte neutrale Haltung der Regierung komme nicht zum Ausdruck. Trotz Aufhebung der Sprachverordnungen verbleibe sie bei der alten Tradition. Die deutsche Volkspartei mache ihre Haltung bei der dritten Lesung des Budgets von dem Entgegenkommen der Regierung gegenüber dem deutschen Volke abhängig, werde aber für rasche Erledigung des Budgets eintreten, um der Regierung den nötigen Rückhalt in den Fragen des ungrischen Ausgleichs und der Handelsverträge zu gewahren. Graf Sklva Laronca erklärt, es sei nicht aller Oestreicher, die Regierung zu unterstützen in dem Augenblicke, wo sie Worte von Energie gefunden habe, den Kampf für die Staatsinteressen Oestreichs aufzunehmen. Herr v. Schwegel erklärte, seine Partei sei bereit, nachdrücklich für das Budget einzutreten. Im Interesse der Monarchie sei es notwendig, den Ministerpräsidenten zu unterstützen, um ihm den nötigen Rückhalt in der Ausgleichsfrage und in der Frage der Handelsverträge zu bieten. Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen.

Forschung des Krieges.

London, 29. Oktober. (W. T. B.) Im gestrigen Minister-Rate, der 2 1/2 Stunden dauerte, war nach neueren Meldungen die Lage in Südafrika fast ausschließlich Gegenstand der Erörterung. Soweit bekannt ist, wurde beschlossen, den Krieg durch kein andres Mittel, als durch die völlige Unterwerfung der Boeren zum Abbruch zu bringen. Man wird alles bewilligen, was zur energischen Fortsetzung des Krieges verlangt wird.

Bern, 29. Oktober. (W. T. B.) In der Innenschlacht unterhalb St. Moritz wurde die Leiche des Dr. Kea, angeblich aus Berlin, im Flug aufgefunden. Dr. Kea war seit 1 1/2 Jahren krankenhaft in Gelerina. Wahrscheinlich ist derselbe über die 70 Meter hohe Felswand gestürzt. Da die Wunde die goldene Uhe mit Rechte zeigen, nimmt man an, daß vielleicht ein Verbrechen vorliegt.

London, 29. Oktober. (W. T. B.) Wie amtlich bekannt gegeben wird, war bei zwei Personen, die Anfang dieses Monats in Liverpool angeblich an Infuenza gestorben sind, Pest die Todesursache; weitere drei Personen, die zu derselben Zeit erkrankt seien und bei denen die Art der Erkrankung noch nicht festgestellt sei, würden im Krankenhaus streng absondert gehalten und alle, die mit ihnen in Berührung gekommen seien, würden scharf überwacht.

Palermo, 29. Oktober. (W. T. B.) Carabiniere töteten heute nacht den Räuber Rosario Cusolino in der Nähe von Montebato (Caltanissetta).

Verantwortlicher Redacteur: Carl Zeit in Berlin. Für den Inerententeil verantwortlich: Th. Gloke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Max Schippel, Mitglied des Reichstages; Grundzüge der Handelspolitik. 2te Aufl. In dem Verlage des „Vorwärts“ Berlin und Bonn. Akademischer Verlag für soziale Wissenschaften (Dr. John Edelheim). 352 S. 8°. Preis 5 M., gebunden 7,50 M.

Kuch Bücher haben ihre Geschichte und Schicksale. Das oben angezeigte Schippelsche Werk, dessen Vorwort dem Akademischen Verlag für soziale Wissenschaften dem „Vorwärts“ gewidmet ist, ist ein Referat zur Verfügung gestellt hat, scheint sogar schon erschienen zu sein. Noch vor einigen Wochen hieß es in der Voranzeige des Verlages, daß demnächst erscheinende Buch Schippels über die Handelspolitik Deutschlands, der Caprivischen Handelsverträge, der wieder anschwellenden Agrarbewegung und endlich der jüngsten Phasen der handelspolitischen Agitationen und Parteien; der zweite Teil dagegen sollte über die technischen Einzelheiten der Handelspolitik informieren, speziell über das Wesen des autonomen Zolltariffs, des Doppeltariffs, der Meißbegünstigung, der Tarifverträge usw. Dieser vielbeachteten Ankündigung entspricht das jetzt vorliegende Buch recht wenig. Der zweite technische Teil fehlt völlig, und ebenso ist vom ersten Teil das die gegenwärtigen Zollkämpfe behandelnde Kapitel, die Schilderung der jüngsten Phasen der handelspolitischen Agitationen und Parteien, fortgeblieben, während dafür als erstes Kapitel eine Darstellung der englischen Anti-Tariffagitiation und der Entstehung der englischen Freihandels-Bewegung eingeschoben ist.

Möglich, daß Verfasser und Verlag beabsichtigen, später noch den technischen zweiten Teil folgen zu lassen, doch auch in der neuesten Ankündigung des Akademischen Verlags wird auch in dem Buch selbst jeder Hinweis auf eine derartige Absicht; vielmehr lassen sich das Sonderbare, zu dem Inhalt des Buches in auffälliger Kontrast stehende Vorwort, sowie die oft in der geschichtlichen Darstellung etwas gewaltsam hineingezwangenen Anwendungen es als wahrscheinlich ersehen, daß noch in letzter Stunde eine völlige Veränderung des früheren Planes stattgefunden hat. Ob die Rücksicht auf den Veröffentlichungsstermin, ob erst neuerdings hervorgetretene Schwierigkeiten einer Charakterisierung der von den verschiedensten Parteien in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfen eingenommenen Stellungen oder ob irgend welche Gründe den Verfasser zu dieser Entscheidung haben, gerade den für das Verständnis der heutigen Situation wichtigsten Teil der Ausführungen wegzulassen, das entzieht sich völlig meiner Beurteilung; nur repräsentiert sich infolge dieser nachträglichen Änderungen das Werk als ein Torso, und zudem hätte unbedingt auch der Titel geändert werden müssen. Eigentliche „Grundzüge der Handelspolitik“ enthält in seiner heutigen Gestalt das Schippelsche Werk kaum. Was es bietet, ist ein geschichtlicher Überblick über den Wechsel der Zoll- und handelspolitischen Theorien während des letzten Jahrhunderts in Deutschland, und zwar sind eine ganze Reihe der Darlegungen, z. B. über die Fortschritte der neueren deutschen Agrarbewegung, über den Gegensatz zwischen dem Produzenten- und Konsumentenstandpunkt, das gleichgültige Verhalten der Charlisten zu den englischen Freihandelskämpfen, schon als besondere Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“ erschienen.

Damit soll Schippels Buch keineswegs von vornherein als minderwertig oder wertlos bezeichnet werden. Im Gegenteil, eine gute geschichtliche Darstellung der handelspolitischen Anschauungen des neunzehnten Jahrhunderts hat, wenn sie sich auf eine Betrachtung des Wirtschaftsentwicklungsstands unter Berücksichtigung der politischen Beziehungen der deutschen Staaten zum Ausland aufbaut, einen hohen Wert — auch für die Beurteilung der heutigen Wirtschaft — und Zolltariffe. Wer die Gegenwart verstehen will, muß notwendig ihre historische Grundlage kennen. Nicht an dem historischen Charakter des Werks an sich liegt es deshalb, wenn ich mich gezwungen sehe — wie ich hoffe, in Uebereinstimmung mit allen Parteigenossen, die das Buch aufmerksam lesen werden —, über seinen Wert, und speziell über seinen Wert für die heutige Arbeiterbewegung, ein durchaus abfälliges Urteil zu fällen, sondern weil es den Anforderungen, die man in historischer Hinsicht zu stellen berechtigt ist, in keiner Weise genügt, und noch, wie des näheren dargestellt werden soll, aus einer Reihe anderer Gründe.

Das beste Kapitel des Buches ist das dem Anschein nach erst in neuerer Zeit geschriebene erste Kapitel, das die englische Freihandelsbewegung der dreißiger, vierziger Jahre behandelt. Vielleicht wäre es angebracht gewesen, wenn Genosse Schippel im Anschluß an die Schilderung der damals zwischen den englischen Grundbesitzern und Industriellen bestehenden Gegensätze auch die tiefste Lage der englischen Arbeiter in den vierziger Jahren, den Charakter der charistischen Bewegung und ihre Auswirkung auf die Urteile der damaligen socialistischen Ökonomen über den Freihandel kurz skizziert hätte. Indes dieses bleibt richtig immer zu wenig wichtig, und im ganzen bietet Schippel ein zutreffendes Bild des wirtschaftspolitischen Kampfes jener Zeit.

Anderer aber stellt sich Schippels historische Betrachtung dar, sobald er den neutralen Boden Old-Englands verläßt und im zweiten Kapitel die Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands während jener Periode sowie die hier eingeleiteten Industriefortschritte behandelt. Nun treten sofort allerlei heute modern gewordene, damals aber unmögliche Gesichtspunkte, volkswirtschaftlich-theoretische Vorurteile, Empathien und Antipathien in die Betrachtung ein. Ein treffendes Urteil über die damaligen handels- und zollpolitischen Strömungen kann nur gewonnen werden, wenn man die Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, die Deutschland in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erlangt hatte, in Berücksichtigung zieht, wenn man speziell untersucht, inwieweit Deutschland noch Agrarstaat war, in welchem Maße seine Bevölkerung an der landwirtschaftlichen Produktion und der Ausfuhr von Agrarprodukten interessiert war, unter welchen Bedingungen diese Ausfuhr stand und welche volkswirtschaftliche Bedeutung die Industrie gegenüber der Landwirtschaft hatte. Schippel läßt sich in dieser Richtung auf gezwungenermaßen nicht ein, obgleich einzelne deutsche statistische Erhebungen und vornehmlich die Statistik Englands über seinen Ein- und Ausfuhrhandel mit den deutschen Staaten manche wertvollen Materialien liefern. Er beschränkt sich darauf, zu erwähnen, daß „längs der großen Stromlinien, in den ausgedehnten fruchtbaren Auenstrichen an Ost- und Nordsee“ die Landwirte freihändlerisch gesinnt waren, da von hier aus Korn, Holz, Wolle nach dem englischen Markt abgeföhrt wurden; und daß ebenso infolge ihres Handelsverkehrs mit dem Ausland die Gerichte und großen Meßplätze freihändlerische Auffassungen hegten. Die Folge ist, daß er reichliche Beweise der Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion und Ausfuhr für das damalige Gesamtvolkswirtschaften Deutschlands unterläßt; dagegen die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie und damit auch die Berechtigung der Agitationen für vermehrte Industrieförderung zu hoch ansetzt. Schippel zeigt sich für seine Anschauungen fast völlig im Sinne der Argumentation seines Meisters, ist dessen Schriften oft weitläufige Citate entlehnt; während er andererseits über die pedantische Allereitsweisheit des Schulmeisters von Leibniz, Bröcher, Schell und der liberalen Freihandels-Hausierburschen nicht genug zu spötteln weiß.

Ein recht billiges Vergnügen ist in gewisser Hinsicht ist ja heute jeder Quartaner Würger, als ein Aristoteles. Es soll gar nicht bestritten werden, daß die Zeit, was keine wirtschaftshistorischen Kenntnisse anbelangt, entleert und übertraf, dessen Argumentationen, englischen Vorbildern entlehnt und auf deutsche anders geartete Verhältnisse zugeschnitten, sich oftmals geschraubt und selbstbeinig genug aus-

nehmen. Es kann auch offen zugegeben werden, daß eine Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat eine geschichtliche Notwendigkeit war und daß diese Entwicklung durch Protektionszölle gefördert werden konnte; aber ebenso sicher ist, daß unter den damaligen Verhältnissen das Lebensinteresse des Gros der deutschen Bevölkerung nicht nur das der Landesbevölkerung allein, sondern auch der See- und größtenteils deutschen Handelsplätze, der liberalen Berufs, sogar des größeren höheren Teils des Gewerbestandes in der Richtung zum Freihandel gravitierte, wie denn auch in den folgenden beiden Jahrzehnten der Zolltarif immer mehr reduciert wurde, und in dem beginnenden Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll fast alles, was in Deutschland Geist und Talent hatte, auf der Seite des ersteren stand. Dagegen bleibt es kaum eine Kleinigkeit interessanter, als die schutzzöllnerischen Industriellen der fünfziger, sechziger Jahre. Finden sich bei List, der in dieser Beziehung seine Anhänger nicht so übertrage, immerhin manche weit national-nationale Gesichtspunkte, so ist dieser profitlichesten Gesellschaft nichts als das engherzigste Eigeninteresse, wie die Kleinlichen Agitationen vor der Einverleibung des sogenannten „Steuervereins“ und in den politischen Kämpfen um den Abschluß eines Handelsvertrages mit Oestreich zur Genüge beweisen.

Politische Strömungen, auch handelspolitische, können nur aus den Gesamtverhältnissen ihrer Zeit heraus beurteilt werden. Schippel aber betrachtet die Jahrzehnte vor der Wismarschen Wirtschaftsreform fast ausschließlich durch die Linse des Liberalismus. Die Böhagener bespottet er die Aufhebung des ostelbischen Großgrundbesitzes gegen den „Industriewucher“ als „Unverständnis des durch kurzfristige Augenblicksinteressen geleiteten „Konsumenten“ und citiert die famosen Gründe Lists, durch die dieser den Adel deutscher Nation“ für industrielle Schutzzölle einzufangen suchte; nämlich, daß durch das Exportmonopol der Manufakturen die Nachfrage nach Agrarprodukten zuzunehmen, die Grundrente und der Bodenvwert steigen und der Güterverteilung entgegen gewirkt werde; ferner aber, daß dann die Söhne des Adels die Töchter reichgewordener Industrieller heiraten könnten, und so der Adel „erlösen“ könnte, seine „vorgeworbenen Söhne“ und auch seine „erlösten Töchter“ zu „nachsorgen und derart „keine Stammbäume wirksam“ zu „arvorfieren“.

Und die Bewoher der Hafenstädte, besonders Hamburgs, gelten Schippel mit List als partikuläristische Wahlbürger, die, statt der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu dienen, einem ganz kurzfristigen Eigenmuth frönten. Es ziemt sich der tiefste Vorwurf der erböhen werden kann. Hamburgs ganze wirtschaftliche Verhältnisse, wie sie sich historisch entwickelt hatten, wiesen damals vornehmlich auf den Schiffsverkehr mit England und Holland hin und dazu war es bis zum Ende des Jahrhunderts (Hessen, Hannover, Brandenburg, Mecklenburg) umgeben, die durchaus freihändlerisch gesinnt waren und über keinen Hafen ihre Landprodukte ausführten. In Hamburg das Anstreben zu stellen, diese Interessen hintanzujagen und dafür die des industriellen Sachlens, Thüringens oder Rheinlands zu fördern, das war bei den damaligen politischen Verhältnissen unter den deutschen Kleinstaatlen noch törrischer, als wenn heute jemand fordern wollte, Hamburg solle nicht seine eignen Handels- und Schifffahrts-Interessen vertreten, auch nicht die seines Hinterlandes Deutschlands, sondern in Rücksicht auf eine mögliche spätere Vereinigung Oestreichs mit dem Deutschen Reich, die heutigen speziellen Interessen Nieder-Oestreichs.

Es ist überhaupt höchst sonderbar, wie für Schippel analoge wirtschaftliche Vorgänge eine ganz verschiedene Bedeutung erlangen, je nachdem, ob sie für die Freihandels-Politik oder die Schutzzoll-Politik zu sprechen scheinen. So führt er S. 200 in einer Art theoretischer Einleitung zur Darstellung der sich Ende der vierziger Jahre vollziehenden zollpolitischen Umwälzung als Wahlfall der Jahre für die Schutzzoll-Politik den äußeren und inneren Erfolg an. Der äußere Erfolg, d. h. die Entwicklung des Wirtschaftswachstums unter einem bestimmten handelspolitischen System, beweist seines Erachtens sehr wenig; um so mehr Wert schenkt er dem inneren Erfolg, der Wirkung des Systems auf die öffentliche Meinung beizumessen.

„Die Demokratie besteht“, heißt es S. 202, „nicht darin, jeden Mehrheitsbesitz nur eine höhere Offenbarung hinzunehmen, sondern daß sie zur Vorwärtsbewegung des Lebens, das unvollkommenen, fortschrittfeindliche Mehrheiten nur vorübergehend sein können und daß die normalen Kampfmittel der freien Meinungsäußerung und des Wahlrechts immer wieder der normalen Fortentwicklung und einer entprechenden Mehrheit zum Durchbruch verhelfen müssen. Doch die neuere Schutzzollpolitik läßt sich, daß sie geistig nicht nur nicht abgewirtschaftet, sondern immer neue Anhänger gewonnen, daß sich der Widerspruch gegen sie immer mehr abgeschwächt habe, sodaß ihr heute kaum noch irgend welche „principielle“ Feinde, wie sie Ende der vierziger Jahre noch in hellen Scharen das große Wort in der damaligen Minderheit und früheren Mehrheit führten, gegenüberstünden, sondern nur noch Kräfte an dem und jenem Golltag, und daß heute selbst diese Kräfte fast noch weiter zu gehen bereit seien, wie 1871 und sogar noch 1885 die Schutzzoll-Parteien selber.“

Allerdings, ob nun dieser „innere Erfolg“ dem Genossen Schippel selbst als vollständigster Beweis der Vorzüglichkeit des heutigen Schutzzollsystems erscheint, läßt er in Zweifel; denn nachdem er derart die Ausbreitung der schutzzöllnerischen Strömung geschildert, meint er hinterher: „Aber wenn spräche also dieser innere Erfolg, wenn er den Maßstab der Beurteilung bilden dürfte?“ Damit stellt er seinen vorher herabgehobelten Maßstab der Kritik“ selbst wieder in Frage. Es ist das eine spezifische Eigenschaft der Schippelschen Stilistik. Entweder liebt er hypothetisch zu sprechen, oder er hängt mit Eifer vorfindenen Auffassungen hinterher einige Bemerkungen an, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob das Gesagte als seine eigene Meinung gelten soll, als bloße hypothetische Erwägung oder als Ansicht eines gedachten unbekanntem Dritten. Jedenfalls hat, wenn der obige innere Erfolg des Schutzzollsystems in Deutschland als Beweis für seine Güte gelten soll, das freihandelsmäßige noch größere Erfolge aufzuweisen. Es hat, nachdem es in England gesiegt hatte, auch in den bedeutendsten Ländern des Kontinents in raschem Zuge eine Position nach der andern erobert, in Deutschland bis 1875 stetig an Terrain gewonnen und besetzt in England noch heute. Dagegen ist das geprüfte Schutzzollsystem in Deutschland eben zwanzig Jahre alt.

Indes wäre es unrichtig, nicht anzuerkennen zu wollen, daß, wenn Schippel auch meist sich Lists Argumentation zum Muster nimmt, er doch in einer wichtigen Frage von ihm abweicht: in der Frage, ob Produkte der Landwirtschaft, speziell Agrarprodukte, durch Zölle verteuert werden dürfen. Bekanntlich will List von Agrarprodukten nichts wissen. Schippel aber ist der Meinung, daß das Festhalten an dieser Auffassung eine „fiskalische Verkennung der unterdessen eingetretenen vollständigen Veränderung der Sachlage“ bedeutet. Diese Veränderung ist die inzwischen entstandene Konkurrenz der reichsten Staaten, Rußlands, Argentiniens, die unter ganz anderen Bedingungen produzieren als die Kulturländer Westeuropas. Freilich giebt, wie Schippel weiß, es Leute, die anderer Meinung sind, die von Jollen als Agrarprodukte nichts wissen wollen; Leute, die auf der national-ökonomischen Schulbank etwas von einer Grundrenten-Theorie haben läuten hören und die nun zu dem „unumwundenen Ergebnis“ gekommen sind:

„Reicht die Landwirtschaft keine Not, sondern ausschließlich die Grundrente! Liebenswürdige, lebende Grundrente müßte allerdings herunter von ihrem hohen Stande, doch was geht das die Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Produzenten an? Und auch heute noch, nach fast einem Menschenalter voll der reichsten und bittersten Erfahrungen, giebt es Superfluge genug, die mit mitleidig herablassendem Lächeln jedes verdugte Dauersein

fragen; wie so denn der ganze Värm über ruinöse Konkurrenz dem Landwirt beröhre; der Landwirt könne ruhig hinter dem Ofen und in seinem Heim bleiben; er möge nur die Grundrente hinausschieben und diese den Strauch ausfechten lassen.“

Und auf nächster Seite (S. 222) meint Schippel: „Diesen reichlich landwirtschaftlich Produzierenden soll das Sinken der Grundrente nichts anhaben, sondern lediglich den faulen Grundrentnern“ Welche verblüffende Weisheit! Gedächtnis nur, daß zufällig in Deutschland, im Gegensatz zu England mit seinen Landlords und Pächtern, der Landwirt fast immer zugleich der Landeigentümer und darum zunächst der Grundrentner in einer und derselben Person ist, sodaß er auch persönlich die Verluste zulezt bedenklich, wenn auch aus dem andern Portemonnaie.“

Im Gegenteil löse sich, so fährt Schippel weiter aus, die kapitalisierte Grundrente immer wieder vom Betriebe los und stelle sich als unerbittliche Schuldforderung dem Betriebe gegenüber. „Wenn... bei dem alten normalen Preisniveau die Grundrente 1000 und die kapitalisierte Grundrente, der „reine Bodenvwert“ 20000 betrug, so haben sich beim nächsten Besitzwechsel (bei der ersten Ernte, beim ersten Verkauf) sagen wir: $\frac{1}{4}$ der Grundrente und des Bodenvwertes, also jährlich 750 Mark Schuldzinsen und 15000 Mark Kapital, also Forderung dritter niedergezogen. Aber was anfangs als „Anteil“ an der Grundrente berechnet wurde und berechnet werden konnte, wird nunmehr zur vollständigen, vollständig losgelösten juristischen Forderung, die vielleicht drängen in der weiten Welt der Anlagewerte von Hand zu Hand geht... und wie will in gleicher Höhe aus den Erträgen des wirklichen landwirtschaftlichen Betriebes bezahlt sein, auch wenn die tatsächliche Grundrente längst zu einem Minimum zusammengesamoltzen ist.“

Wie Schippel versichert, richten sich diese temperamentsvollen Ausführungen gegen die Don Quixote des handelspolitischen, Vereins und der „Nation“; sonst würde ich gemeint haben, Kaufm., Verflecht, Kardus und meine Vermögensgegenstände unter den Superfluen gemeint, die auch mal so etwas von einer Grundrenten-Theorie hätten läuten können; denn, wie wir schließlich werden bestreiten können, sind wir ohnehin in dieser Beziehung ähnliche Sinder wie jene der „Nation“. Besonders hat sich Verflecht in zwei sachkundigen Artikeln der „Socialistischen Monatshefte“ (Jahrg. 1901, Heft III und IX) betitelt „Principielles zur Frage der Agrarzölle“ und „Zum Kampf gegen die Zollschraube“ — zwei Artikel, die ich bis auf einige kaum in Betracht kommende Nebenwichtigkeiten untereichere — genau denselben Don-Quixotie befechtigt, wie die „Nation“. Es heißt dort z. B. (Heft III, S. 188):

„Die socialistische Bodenrente bedeutet Begattung der Wirtschaft zu Gunsten parasitärer Gesellschaftsklassen oder Einkommen und ist daher von der Socialdemokratie unter allen Umständen zu bekämpfen... Agrarzölle wirken aber im Gegenteil darauf hin, die Besitztümer zu vergrößern und zu erhöhen, und schon aus diesem Grunde wirken sie fortwährend feindlich. Dies um so mehr, wenn sie, wie in Preußen, den Aced haben, eine reaktionäre Gesellschaftsrichtung zur Aufrechterhaltung ihrer Lebensgewohnheiten und wirksamen Vertretung ihrer politischen Tendenzen zu befähigen.“

Und Heft IX, S. 684 schreibt Verflecht:

„Ganz abgesehen von der Wertvermehrung des Renteneinkommens vom socialistischen Gesichtspunkt aus, muß daher in den letzteren eine verumthümliche Wirtschaftspolitik heute konsequent auf Herabdrückung der Rente und der Bodenpreise gerichtet sein.“

Weiter dringt Schippel nur bis zur ländlichen Grundrente vor; vielleicht aber findet sich demnächst ein anderer Widersacher der Grundrenten — Don Quixote, der Schippels Argumentation auch auf die städtische Grundrente und Bodenpreise ausdehnt. Denn was für die eine gilt, gilt auch für die andre. Wenn den ländlichen Grundbesitzern die hohen Bodenpreise, die sie in den fünfziger bis sechziger Jahren erlangt haben — vielfach betrag die Steigerung 150—200 Prozent — garantiert werden sollen, warum dann nicht auch dem städtischen Grundbesitzer die Preissteigerung seiner Grundstücke. Was Schippel vom ländlichen Grundbesitz sagt, daß mit der höheren Bewertung auch gewöhnlich die Belastung steigt, und daß durch Kauf und Erbschaft oft der Boden in die Hände eines andern übergeht; das gilt auch vom städtischen Grundbesitz, ja der Besitzwechsel ist hier sogar noch häufiger.

Weit länger als die früheren handelspolitischen Bandlungen behandelt Schippel die Caprivischen Handelsverträge. Sieht man vor den einleitenden allgemeinen Bemerkungen über das Verhältnis der Freihandels- zur Tarifvertragspolitik ab, umfäht die Darstellung der 1892—1894 abgeschlossenen Verträge nur etwa fünf Seiten und bietet nichts als ein kurzes Resümee; selbst wenn man die angehängten Einzige aus Professor Loy's Schrift über „Die Handelspolitik des Deutschen Reiches unter Graf Caprivis und Fürst Hohenlohe“, sowie die den bekannten Arbeiten von Professor Conrad und Dr. Dade entlehnten Tabellen über den Preisfall des Getreides und anderer landwirtschaftlicher Produkte hinzugerechnet, kommen auf diesen Abschnitt nicht 14 Seiten. Warum gerade die neueren Phasen der handelspolitischen Entwicklung, deren Kenntnis sicherlich für die Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Lage und Kämpfe am wichtigsten ist, so kurz behandelt werden, ist nicht recht ersichtlich.

Das letzte Kapitel über „Die Agrarzölle, die bäuerlichen Parteien und die handelspolitische Lage“ kann hier übergangen werden, da es lediglich eine Lebensfrist über die Ausdehnung der Agrarbewegung in letzter Zeit bietet und sich im wesentlichen mit den beiden Aufsätzen „Agrarbewegung und Parteizustände in Süddeutschland“ und „Die Agrarbewegung und das Centrum“ im Juli- und Septemberheft der „Socialistischen Monatshefte“ decken. Nur der dem Werk hinzugefügte Abhang, der sich „Die Arbeiterklasse und die bäuerliche Handelspolitik“ betitelt, kann nicht mit Stillschweigen übergangen werden. In der Hauptsache bietet zwar der Inhalt dieses Teiles ebenfalls nichts Neues; er wiederholt die bekannte Unterscheidung zwischen dem freihändlerischen Konsumenten“ und dem schutzzöllnerischen Produzentenstandpunkt, die Schippel im Dezemberheft des vorigen Jahres der „Socialistischen Monatshefte“ aufstellte —, durchaus neu und eigenartig ist aber, wie Schippel in Anknüpfung an diese Unterscheidung zur Ablehnung der Getreidezölle kommt. Nachdem er S. 338 betont hat, daß der Arbeiter sich nicht dazu hergeben dürfe, „in erster Reihe für den Konsumentenstandpunkt zu kämpfen“, heißt es dann im Anknüpfung an die Unterscheidung zwischen dem freihändlerischen Konsumenten“ und dem schutzzöllnerischen Produzentenstandpunkt, daß die Arbeiterklasse wieder zum vollen Siege gelangt, die sollten auch die lohnarbeitenden Klassen der Städte in Brotzöllen etwas anderes sehen können, wie Stodprügel auf den Magen? ... Das industrielle Proletariat wird die Kraft der Agitation der Arbeiter nicht nur als ungenügendes Mittel der Hilfe, sondern auch als gewissenlosesten Brotwucher der vereinten Volksklasse verurteilen. Hier ist eben alles, nicht nur denkbare, sondern auch wirklich bemerkbare Unterschiede, in der mehr theoretischen, allgemeinen Auffassung der handelspolitischen Grundfragen aus vor den dringenden konkreten Entscheidungen der Gegenwart. Und mehr bedarf eine politische Partei zu ihrer Thätigkeit nicht.“

Eine seltsame Logik: die Abneigung gegen die Agrarzölle ist nicht richtig, da Grundrente und Bodenpreise nicht sinken dürfen; auch ist es verkehrt, wenn der Arbeiter sich auf den Konsumentenstandpunkt stellt; da er sich aber nun mal auf diesen Standpunkt gestellt hat und die Kornzölle als Stodprügel empfindet, so haben wir dem Rechnung zu tragen, alle Unterschiede in der Auffassung hintenanzujagen und gegen die Getreidezölle zu stimmen. H. C.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag für das westliche Westfalen tagte Sonntag und Montag in Dortmund. An den Bericht der Agitationskommission, den Genosse König gab, knüpfte sich eine längere Diskussion, in der hauptsächlich die für das Ruhrrevier brennend gewordene Angelegenheit der Schanzsperrn behandelt wurde. Es wurde dazu folgender Beschluss gefasst:

Es ist mit allen Mitteln und in jedem Falle das Verwaltungsverfahren gegen Uebergriffe der Polizei im Ruhrrevier durchzuführen. Zu diesem Zwecke ist ein Fonds zu beschaffen, der die Kosten des Verfahrens den einzelnen Orten abnimmt und dem Agitationskomitee überweist.

Außerdem wurde beschlossen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, wegen des Schanzsperr-Systems den Reichskanzler zu interessieren.

Auch die Deutalisierung Breitenbeds wurde behandelt und zeitigte die Annahme folgender Resolution:

Der Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen protestiert ganz energisch gegen die unwürdige Behandlung des Redakteurs Genossen Breitenbed bei seinem Rücktransport in das Gefängnis. Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, in geeigneter Weise der Regierung klarzumachen, daß ein solches Vorgehen von der Mehrzahl der deutschen Bevölkerung verurteilt wird und daß diese auf Abstellung solcher Uebergriffe einzeln dringt.

Dann wurde beschlossen, an Stelle des bisherigen Agitationskomitees einen Landesvertrauensmann zu setzen und als solcher Genosse Max König-Vodum gewählt. Nachdem noch Genosse König über die Presse des Bezirks einige Mitteilungen gemacht hatte, trat der Parteitag in die Behandlung der Polenfrage ein, wozu Genosse Quis das Referat hatte. Der Redner schilderte in lebendigen Farben die Ueberflutung Westfalens durch die slavischen Elemente, das jetzt schon über 200 000 Köpfe stark ist, er erörtert die Mittel, die von unserer Partei angewendet werden könnten, um bei den Polen den Klassencharakter, das Klassengefühl zu wecken und das äußerst intelligente Volk auf eine höhere Kulturstufe zu heben, und es so den deutschen Arbeitern näher zu bringen, damit die Polen nicht ferner als Konkurrenten oder Lohnrücker auftreten. Die Herausgabe einer spezifisch polnischen Arbeiterzeitung für das Ruhrrevier hält er für unmöglich, aber er weist darauf hin, daß die Verwaltung der Rhein-Westf. Arbeiterzeitung ebenfalls bei einem Redaktionswechsel darauf sehen könne, daß ein Redakteur mit angestellt werde, der perfekt polnisch versteht. In der Debatte ergriff ein Delegierter des sozialdemokratischen Polvereins von Herne und Umgebung mehrmals das Wort und wies auf die Notwendigkeit der sozialistischen Agitation unter den Polen hin. Von ihrer Seite wurde nie ein Sonderkandidat zum Reichstag aufgestellt werden, auch keine besondere gewerkschaftliche Vereinigung gegründet werden; die das wollten, seien ihre Gegner unter den Polen. Das Ergebnis der mehrstündigen Polenrede war folgende einstimmig angenommene Resolution:

Der Parteitag für das westliche Westfalen erklärt, daß die sozialdemokratische Partei des Ruhrreviers die weitgehendste Toleranz gegenüber den hier lebenden polnischen Arbeitern zu üben hat, soweit sie auf dem Boden des Programms der sozialdemokratischen Partei stehen und ihre Besonderheit sich auf den Gebrauch der polnischen Sprache beschränkt.

Nebenher wurden nochmals lebhaft die Verhältnisse des Bezirks erörtert. Die meisten Redner sprachen sich für eventuelle Verschmelzung der Kopfbätter in Bochum und Essen mit der „N. Westf. Arbeiterzeitung“ aus. Ado-Dortmund erklärte, daß jedenfalls im nächsten Jahre eine vielleicht doch für alle Teile befriedigende Lösung der Preßfrage gefunden werden würde.

Der Annahme einer Protestresolution gegen den Zollwucher folgte die Erörterung der Landtagswahlen. Hierzu referierte Hähnisch. Der Redner hält für durchaus notwendig, daß wir Vertreter in den preussischen Landtag bringen, um dort die Interessen der Arbeiter nachdrücklich gegen die Regierung und die arbeitfeindlichen Parteien zu vertreten. Im Ruhrgebiet würden sich aber bei dem Wahlkampf große Schwierigkeiten für die Arbeiter herausstellen. Klaus und Unternehmerrhythum thun hier ihr Möglichstes, um Erfolge für die sozialdemokratische Partei zu vereiteln. Redner schlägt Bildung einer Kommission vor, welche zu bestimmen hat, in welchen Wahlkreisen wir uns an der Wahl beteiligen können. Ein darauf bezüglicher Beschluss ist im Vorjahre auf dem Parteitag in Herne gefaßt worden; es erübrigt sich deshalb eine weitere Beschlussfassung.

Nachdem dann Genosse König über das Kommunalprogramm gesprochen, dessen Entwurf gedruckt vorliegt, wurde beschlossen, von einer Diskussion und Beschlussfassung zunächst abzuleben. Dagegen sollen Abänderungsanträge bei dem Bureau schriftlich eingereicht werden zur weiteren Erledigung. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde sodann der Parteitag geschlossen.

Die Parteigenossen in Dortmund beendeten in ihrer letzten Parteiversammlung die verlagte Diskussion über die Verhandlungen des Parteitages. Es wurde gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung der Delegierten des Kreises einverstanden erklärt. Außerdem wurde noch gegen fünf Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die heutige Parteiversammlung bedauert lebhaft, daß Genosse Quis in der „Vergarbeiter-Zeitung“ in Gegensatz zu der gesamten übrigen Gewerkschaftspressen ununterbrochen gegen den Entschluß des Lübecker Parteitages in Sachen der Hamburger Accordmaurer polemisiert. Das Vorgehen Quis widerspricht dem Interesse der Gewerkschaften ebenso wie dem Interesse der Partei.

Eine Parteiversammlung des Wahlkreises Reichenbach-Neurode erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, wünschte aber, daß auf den Parteitagen in Zukunft mehr praktische Arbeit geleistet wird. 1857,95 M. sind im verfloffenen Berichtsjahre im Wahlkreise Reichenbach-Neurode für Agitation verausgabt worden. 500 M. wurden an den Parteivorstand gesandt.

Ein derber Kräckstock diente den Centrumsleuten in Vriilon (Arnsberg) als geistige Waffe gegen den Genossen Hoffmann aus Diefeld, der in dieser Versammlung zu reden wünschte. Die Versammlung tagte unter dem Vorstuh des Pfarrers Dr. Broekhoff aus Vriilon und sollte über unsre Petitionsbewegung gegen den Brot-

wucher verhandeln, also zur Verherrlichung des Brotwuchers dienen. Deshalb und da in der Versammlung auch Gegner das Wort erhalten sollten, war Hoffmann auf Wunsch der Vriiloner Genossen dorthin gekommen. Als ein Vriiloner Genosse anfragte, ob Hoffmann auch nach dem Vortrage das Wort bekommen würde, wurden die beiden sofort hinausgeworfen und Hoffmann mit dem Kräckstock über den Kopf geschlagen.

Den Centrumsleuten ist es offenbar sehr un bequem, daß unsre Petition in dem kleinen Landstädtchen, das die schwarzen Herren als ihre Domäne betrachten, schon über 600 Unterschriften bekommen hat; sie fürchteten wohl, daß diese Zahl noch viel größer werden würde, wenn erst einmal ein Sozialdemokrat zu ihren Schäschen reden könnte.

Genosse Hoffmann wird übrigens gegen den heldenhaften Centrumskämpfer ein Strafverfahren veranlassen.

Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Dem österreichischen Gesamtparteitag liegt folgender Antrag des dritten Wiener Wahlkreises vor:

In Anbetracht des Umstandes, daß in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie der deutsch-österreichische Teil der Bewegung gänzlich fehlt, trotzdem er beabsichtigt war und mittlerweile die Sozialdemokratie in allen Nationen des Staates Oesterreich Fuß gefaßt hat, beschließt der Parteitag, die Gesamtzeitschrift zu beauftragen, geeigneten Personen die Ausführung dieses Werkes, „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“, zu übertragen.

Totenliste der Partei. Kamn daß sich die Gruft geschlossen über den sterblichen Resten des Genossen Bürki, erleidet die schweizerische Arbeiterbewegung abermals einen herben Verlust durch den Tod des Genossen Aloys Fauquez, der, wie aus einem Privattelegramm meldet, am Dienstag früh in Lausanne im Alter von 42 Jahren gestorben ist.

Der Verstorbene war einer der bekanntesten Vorkämpfer der schweizerischen Arbeiterbewegung, den auswärtigen Genossen bekannt durch seine Thätigkeit auf internationalen Kongressen, und speziell ein beliebter Führer der waadtländischen Sozialdemokratie. Er war Redakteur des „Grütliener“ in Lausanne und vertrat die dortigen Genossen im Kantonsrat und im großen Stadtrat. Die Beerdigung, die den Genossen zum letzten Male Gelegenheit geben wird, ihm ihre Verehrung zu beweisen, findet Donnerstag statt. Auch sein Name wird fortleben in den Herzen seiner Genossen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vierfache Sühne fand die Verleumdung eines Unternehmers in Apenrade, die durch eine Kotiz in der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung“ begangen sein sollte. Darin wurde dem Unternehmer vorgeworfen, daß er der Frau seines verunglückten Ausfühers ein Darlehen verweigert habe, eine Behauptung, die sich in der Verhandlung als un wahr herausstellte. Eine Kritik war an diese Behauptung nicht geknüpft worden. Angeklagt wurde nun Genosse Adler in Kiel als Redakteur des Blattes, Genosse Ewald in Apenrade als Verfasser, Genosse Petersen in Flensburg, der die Kotiz in einer Versammlung vorgelesen hatte, und Genosse Lott in Apenrade, der Petersen zur Vorlesung „angeflüstert“ hatte. Das Urteil der Strafkammer Flensburg lautete auf je 100 M. Geldstrafe gegen Adler und Ewald und je 30 M. gegen Petersen und Lott.

Aus Industrie und Handel.

Weiter abwärts lautet das Urteil, daß der Direktor der Bochumer Gußstahlwerke Kommerzienrat Waare unter Wirtschaftskontinuität in Aussicht stellt. Nach im vorigen Jahre stellte der Leiter dieses großen Eisenwerkes die Geschäftslage so dar, daß an eine starke und dauernde Abwärtsbewegung nicht zu denken sei. Jetzt lautet das Urteil anders. Für das nächste Jahr kündigt Herr Waare seinen Aktionären an, daß auf eine Dividende von 13 1/2 Proz. wie in diesem Jahre nicht gehofft werden kann. Die schlechten Zeiten würden noch kommen und davon würde auch der Bochumer Verein verführt werden. Die Hauptchwierigkeit bestehe darin, daß die Produktion den Bedarf bei weitem überholt habe. Ramentlich durch die neuen lothringisch-luxemburgischen Werke, die über großartige Einrichtungen verfügen, sei das Verhältnis zwischen Produktion und Bedarf besonders verschärft worden, zumal diese Werke in einer Zeit in Produktion kamen, in der der Bedarf zurückzugehen begann. Der scheinbar so außerordentlich starke Bedarf war zum großen Teil künstlich und betraf vielfach nicht den wirklichen Konsum, sondern stand nur auf dem Papier. Ueber die Aussichten könne niemand etwas sagen. Redner ist allerdings der Ansicht, daß man noch nicht am tiefsten Punkte angekommen sei.

Das Urteil dürfte im allgemeinen zutreffend sein, die Hoffnung, daß eine Besserung eintreten wird, ist leider gering. Die Beurteilung der Lage des Eisenmarktes von dieser Stelle hat eine um so größere Bedeutung, als die Herren Direktoren den Aktionären nicht ohne Not die Situation trüber darstellen als sie ist.

Die Staatsaufsicht bei den preussischen Hypothekendarlehen soll, wie berichtet wurde, einer Revision unterzogen werden. Im landwirtschaftlichen Ministerium hat mit Hinzuziehung aus Bankkreisen eine Konferenz stattgefunden, die sich zunächst dahin einigte, daß eine Vermehrung der Bankinspektoren eintreten müsse. Ferner sollen sämtliche Hypothekendarlehen in bestimmten Fristen einer eingehenden Revision des gesamten Geschäftsbetriebes unterworfen werden. Vierteljährlich hat jede Bank einen Status zu veröffentlichen. Der Aufsichtsbehörde ist vierteljährlich Bericht über die abgegeschlossenen Geschäfte zu erstatten. Weiter ist vierteljährlich bei der Aufsichtsbehörde eine Zusammenstellung der stattgehabten Subkustationen und freihändigen Verkäufe von Grundstücken, an denen die Banken beteiligt sind, einzureichen. Desgleichen wurde die Errichtung von Schätzungsämtern für Grundstücksversteigerungen empfohlen. Schließlich kam man darin überein, daß für die Thätigkeit des Aufsichtsrats bestimmte Normen festzusetzen seien.

Wichtig erscheint uns, daß man der Stellung des Trennhändlers eine andre Grundlage giebt; die Rechte erweitert, so daß eine Kontrolle über die Wertgröße der Grundstücksbeileihung möglich ist.

Ueber die Krise in Münchener Eisenwerken verhandelten die Formier in einer Versammlung am vergangenen Sonntag. Es wurde konstatiert, daß in der Eisengießerei von Heilbronn von

80 Mann heute 31 in Arbeit stehen. Wegen Arbeitsmangel wurde schon vor zwei Monaten die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden reduziert. Den Arbeitern war nun in Aussicht gestellt, entweder abermals eine Arbeitszeitverkürzung oder eine Lohnreduktion von 5 Proz. entgegenzunehmen. Die Arbeiter erklärten, es sei ihnen eine Verkürzung der Arbeitszeit lieber als die Lohnherabsetzung, damit nicht aufs neue Arbeiter entlassen werden. Die Firma ist dem Wunsch nachgekommen. In der Eisengießerei von Sugg ist die Zahl der Formier von 44 auf 17 herabgesetzt, bei achttündiger Arbeitszeit. Nicht viel besser sieht es bei den übrigen Firmen aus, überall macht sich Mangel an Beschäftigung und geringer Verdienst bemerkbar.

Der Rückgang im Schiffsahrtverkehr macht den großen Gesellschaften ihre Aufträge in Schiffsbauten gewiß recht unangenehm, denn schon gegenwärtig liegt ein bedeutendes Schiffsmaterial brach. Es ist nur erstaunlich, mit wie wenig Ueberfließ große Gesellschaften ihre Dispositionen getroffen haben. Für jeden ruhigen die Situation des Marktes beurteilenden Wirtschaftspolitiker mußte es klar sein, daß dieses tolle Treiben nach aufwärts bald ein Ende erreicht haben mußte. Aber überall dieselbe Erscheinung, in der Industrie, im Handel, im Verkehr, bis zum letzten Augenblick des Zusammenbruchs spekulierte man auf ein weiteres Anspannen der Kräfte, bis dann mit einem Schläge der Umschwung eintritt, der je höher die Spekulation ausartet, um so empfindlicher verderbend einbricht.

So muß es überraschen, daß eine so bedeutende Schiffsahrtgesellschaft wie der Norddeutsche Lloyd über die Lage des Marktes im Unklaren sein konnte. Die Gesellschaft sieht sich genötigt, ihre Aufträge beim Stettiner Vulkan auf ein Jahr hinauszuziehen. Es handelt sich dabei um drei große in Bau gegebene Frachtdampfer. Ergänzend wird zu der Mitteilung hinzugefügt, daß gegenwärtig ein Ueberfluß an Frachtraum vorhanden ist.

Der Rückgang im Frachtverkehr ist bekannt, außerdem droht den deutschen Gesellschaften eine starke Konkurrenz des Auslandes, die ihnen Mühe bereiten wird, die Position zu halten, die sie heute ertragen haben.

Sociales.

Wahlen zum Reichs-Versicherungsamt. In der Industrie und Landwirtschaft wurde die gesamte Liste der von den Gewerkschaften (Generalmission) vorgeschlagenen Kandidaten gewählt; in der See-Versicherungsgewerkschaft ist die Liste der Klassenbewählten Arbeiter leider unterlegen.

Schulwesen in Württemberg. Dem „Reichs-Anzeiger“ entnehmen wir über die württembergische Schulstatistik, daß dort im Schuljahre 1899/1900 in 2210 Orten 2286 Volksschulen, 40 Mittelschulen und 27 israelitische Volksschulen mit zusammen 4946 Schulklassen bestanden. Dafür sind an Lehrpersonal vorgesehen 3004 Schullehrerstellen (von denen nur 3359 besetzt waren), 31 Lehrerinnenstellen, 420 Unterlehrerstellen und 828 Lehrgehilfenstellen, während für 69 Stellen von vornherein nur sogenannte „Gewerkschulen“ vorgesehen sind. Wie traurig im allgemeinen auch dort die Volksschulverhältnisse sind, geht aus der Mitteilung hervor, daß in 245 Klassen, die über 90 Schüler zählten, besonders bezahlter Abteilungsunterricht erteilt wurde. Bis zu 90 Schülern hielt man immer noch ruhig einen Lehrer auf. Außerdem gab es noch 918 Klassen, die geteilt werden mußten wegen zu kleinen Schulzimmern und ähnlichen Gründen.

Aus der Frauenbewegung.

Gegen das Medizinstudium der Frauen haben sich an der Königsberger Universität die drei ordentlichen Professoren der Anatomie, Chemie und Physik erklärt. Sie haben ihre Vorlesungen den weiblichen Studierenden verschlossen und den Frauen damit überhaupt ein ordnungsmäßiges Studium in der Medizin an der dortigen Universität unmöglich gemacht.

Witterungsübersicht vom 29. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C.	Stationen	Barometer-Hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C.
Erlangen	763,5	SW	3	bedeckt	9	Darmstadt	758,5	SW	2	wolkig	4
Darmstadt	763,5	SW	2	bedeckt	9	Frankfurt	758,5	SW	3	Regen	9
Berlin	765,5	SW	1	bedeckt	3	Aberdeen	—	—	—	—	—
Köln	768,0	O	1	bedeckt	3	Paris	766	SW	—	bedeckt	0
München	766,5	SW	2	bedeckt	2						
Wien	768,9	W	2	bedeckt	2						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 30. Oktober 1901. Ein wenig kühler, vielfach wolfig bei mäßigen bis frischen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 27. Oktober, verliert das Mitglied 274/18

Karl Krüger
(Werkstelle von Paul Wille).

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 31. nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Lazarus-Krankenhauses aus, nach dem Jannett-Kirchhof statt. F. H. G. Assmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!

Am 26. Oktober 1901 starb unser Mitglied, der Arbeitsschlichter

Heinrich Klitscher
am 26. Oktober.

Gibt seinem Andenken!
121/9 Die Ortsverwaltung.

Kentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin II.
Am 26. d. M. starb unser Mitglied

Johannes Gille,
Sagelbergerstraße 3, im Alter von 42 Jahren.

Gibt seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des St. Matthei-Kirchhofs in Sedende aus statt.

Die Verbandsleitung.

Für die herzliche Teilnahme bei dem Begräbnis meines unvergesslichen Vorgesetzten, sagen wir allen Freunden und Bekannten für den reichen Blumen- und Kranz um den tiefgeföhnten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
15086 Bertha Keller.

Wirtschaftlich sehr vorteilhaft ist es

auf „Auerlicht“ zu abonnieren. Wer seine Auer-Gasglühlichtflammen monatlich 4 mal durch unsre Monteure gegen eine geringe Gebühr nachsehen und reinigen lässt, erhält dafür die Auerglühkörper zu bedeutend ermäßigtem Preise und die Cylinder gratis geliefert. Ausserdem brennt das Licht, weil stets unter fachmännischer Aufsicht stehend, billiger (Regulierung des Gasdrucks durch unsre Monteure) und heller.

Man verlange daher unsre „Instandhaltungs-Bedingungen“ porto und kostenfrei.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 30. Oktober.
Opernhaus, Der Prophet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll), Geflohen.
Schiller, Hans Hudelein. Anfang 8 Uhr.
Deutsches, Die Hoffnung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Ueber unsere Kraft (I. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig, Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens, Sein Doppeltgänger. — Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Nora.
Neues, Das ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weihen, Der Beichtstuhler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne, Dessen Silencio's Bunte Welt. Anfang 8 Uhr.
Central, Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia, Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen, Don Carlos. Anfang 8 Uhr.
Carl Weib, Der Märchenbrunnen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches, Die Vöndreicher. Anf. 7 1/2 Uhr.
Volk-Alliance, Die Verlobung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater, Berlin W. — Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol, Spezialitäten-Vorstellung. — Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Opello, Spezialitäten-Vorstellung. — Von Luna. Anfang 8 Uhr.
Palast, Spezialitäten-Vorstellung. — Weibliche Barbier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Passage-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Operntheater, Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Urania, Taubenstr. 48/49. (Am Theater) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Im Hörsaal: „Schwefel und Phosphor.“
Invalidenstr. 57/62.
Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Hans Hudelein.
Schwan in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Rabelberg.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Brant von Hessina.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Brant von Hessina.

Central-Theater.

Heute und morgen, abends 7 1/2 Uhr:
Die Puppe.
Operette in 3 Akten von Audran.
Im zweiten Bilde Einlage: „Die frische Kiste“, von Carl Meier & Schmidt, gelungen von Wia Werber.
Montag und folgende Tage: Der Seekadett.

Apollo-Theater.

Mit glanzvoller Ausstattung von Kostümen u. Dekorationen.
Zum erstenmal:

König Aqua.

Ausstattungs-Barleske in 1 Akt und 4 Bildern von Max Novack.
Musik von Reinhold Ehrke.
Luftballlet

Grigolatis

und
10 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Schön
war's
doch!

Gr. Berliner Ausstattungsgesellschaft mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Eise de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Saharet!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Im Hörsaal:
„Schwefel und Phosphor.“
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare
6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden
der Welt
und Pracht-Equipage!

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsgesellschaft
mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Paula Worm in 8 Verwandlungen.
Guido Thiescher in 11 Verwandlungen.
Fritz Heimerding als Wolzogen.
Junkermann, Boja. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!
Revität.
Der Märchenbrunnen.
Große Berliner Ausstattungsgesellschaft
mit Gesang und Tanz in 4 Akten von
Kurt Junge. Musik von Alb. Richter.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Theater.
Vorletzter Tag.
Abschiedsvorstellungen
von
Traudechen
Hundgeburth!
Sozo * Kühne
Hiasl und Franzl.
etc.
und des glänzenden
Oktober-Programms.
18 erstkl. Nummern.

Theater
Schall und Rauch,
Unter den Linden 44.
Mittwoch, den 30. Oktober 1901,
abends 8 1/2 Uhr:
Neues Programm!
In Vormundschaftssachen. Ein
Gehelms. Don Carlos. Die Weber.
Das Zahnweh.

Casino-Theater.
Nur noch wenige Tage das
phänomenale Okt.-Programm
mit
Berlin N. — Berlin W.
Am 1. November an
vollständig neues Programm.
Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater
(früher Fein-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Nur noch bis Donnerstag
das erfolgreiche
Oktober-Programm.
15 Sensations-Nummern.
Die drei Silbersterne.
Der Musik-Sport-Alt.
Labende Kissen-Photographien.
Donnerstag zum letztenmal:
Direktor Wilhelm Fröbel
in der erfolgreichen Operette
Weibliche Barbier.
Anfang der Vorstellung Punkt
8 Uhr.
In Vorbereitung:
Grossstadtzauber.

Engl. Garten.
Alexandersstr. 27.
Sonntag, den 16. November,
Tatensontag, Sonnabend, den
30. November, Saal frei unter
ganz coulanten Bedingungen.

Zähne v. 1.50 M.
Die best. kost. d. Zahnarzt nur ca. 60 Pf.
100 Pf. Belohnung
wer nachweist, daß die Zähne, für die
andre 3, 4 u. mehr Pf. nehmen, besser sind.
Reparatur 2 M. Umarbeiten von 3 M.
Kastanien-Allee 75.
E. Fuhrmann, Spruch-9-12 u. 2-7.
Sonnt. 9-12. — Auch Teilzahlung.

**Anzüge nach Maß für
Herren u. Knaben**
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Weinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen geschneidert angefertigt im Tagesgeschäft bei
A. Karle, Waldemarstr. 66.
In kaufen gefacht: 26252*

Protokolle
der Sozialisten-Kongresse:
Wien 1872, Koblenz 1874, Göttingen 1875,
1876, 1877, Baden 1880, Kopenhagen
1883 und andre ältere sozialistische
Bücher und Zeitchriften.
S. Calvary & Co.,
Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 1.

Kotthuserstr. 4a.
Wiederauftreten von
Adolf Hoffmann.
Neben Sonntag,
Montag und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Vorstellung: Tanz.
Anfang Sonntags 7 Uhr.
von 5-7 Uhr Sonntag:
Entree 50 und 75 Pf. — Wochentags
Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf.
Wochentags Eintrittsbillets gültig und
Tanz frei. Alle andern Tage bleiben
die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Cirkus Busch.

Mittwoch, 30. Oktbr., abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
Krausacks Affen als fliegende
Wesen u. Broses Elefanten.
Zum Schluß:
Ho guot Brandenburg allowege.
Dr. Ritter u. Reiter-Schauspiel aus der
furchtbaren Zeit zu Wasser u. z. Lande.

Cirkus Schumann

Renz-Gebäude, Karlstrasse.
Mittwoch, 30. Oktober 1901,
abends präc. 7 1/2 Uhr:
Große
außerordentl. Gala-Vorstellung.
Wanz erprobtes Programm.
Koloßaler Erfolg künftiger Oktober-
Spezialitäten.
U. a.: der Un-
Mr. Ephraim, feierbare
mit 1. einzig u. unerreicht bestehenden
Elefanten-Nummer.
Dir. Ad. Schumanns neueste Original-
breitieren.
Zum Schluß zum 19. Male:
Ein Sensations-schlager I. Ranges.
A Travers Paris
(Dauer durch Paris)
mit dem Schluß: Nordseebad
Scheveningen.
Görte Ausstattungsgesellschaft der
Gegenwart.
8 Akte.
Besondere Licht- und Wasser-Effekte.
Besonders hervorzuheben:
Das Wasser-Palast
in 1000 Farben, 380 Fontänen.

W. Noacks Theater.
Brauhausstr. 16.
Philippine Welfer.
Historisches Schauspiel
in 5 Akten von O. v. Redwitz.
Donnerstag:
Pension Schöller.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
„Bosco“.
Meysal. Britton.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungsort!
Täglich: Internationale
Konzerte.
Spezialität: Doppel-Vorstellung
von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der
Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

I. Löwenthal, gegr. 1868.
Fabrik: Reichensbergerstr. 121.
Filiale: Jerusalemstr. 50/51.
Musik-Instrumente.
Italien. Mandolinen.
Italienische Gitarren.
Bass-Gitarren, 8-, 10-, 12stimmig.
Prim- u. Streich-Zithern.
Elegie- und Arion-Zithern.
Vorzügl. Konzert-Fisteln.
Piccolos.
Clarinetten.
Glockenspiele.
Hylophons.
Becken, Melosner Porzellan-Okarinas, Tambourins, Castagnetten.
Amerikan. billigste Preisen.
Größtes Lager Berlins.
8 Schaufenster mit Neuheiten.
Detailverkauf zu Engrospreisen.

Engl. Garten.
Alexandersstr. 27.
Sonntag, den 16. November,
Tatensontag, Sonnabend, den
30. November, Saal frei unter
ganz coulanten Bedingungen.

Zähne v. 1.50 M.
Die best. kost. d. Zahnarzt nur ca. 60 Pf.
100 Pf. Belohnung
wer nachweist, daß die Zähne, für die
andre 3, 4 u. mehr Pf. nehmen, besser sind.
Reparatur 2 M. Umarbeiten von 3 M.
Kastanien-Allee 75.
E. Fuhrmann, Spruch-9-12 u. 2-7.
Sonnt. 9-12. — Auch Teilzahlung.

**Anzüge nach Maß für
Herren u. Knaben**
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Weinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen geschneidert angefertigt im Tagesgeschäft bei
A. Karle, Waldemarstr. 66.
In kaufen gefacht: 26252*

Protokolle
der Sozialisten-Kongresse:
Wien 1872, Koblenz 1874, Göttingen 1875,
1876, 1877, Baden 1880, Kopenhagen
1883 und andre ältere sozialistische
Bücher und Zeitchriften.
S. Calvary & Co.,
Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 1.

Berlin IV. Osten.

Donnerstag, den 31. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr,
bei Stechert, Andreasstraße Nr. 21:

Kommunalwähler-Versammlung

für den 23. Wahlbezirk
die Stadtbezirke 168—174 umfassend.

Tages-Ordnung:
Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Genosse B. Brons.
Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung recht zuge zu agieren.
Das Wahlkomitee.

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin II.

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Vortrag des Genossen Victor Fränkl über: „Politisches
Arbeits- u. Beschäftigungs-
Gut. Besuch erwartet

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr;

Vertrauensmänner-Konferenz

der Gürtler und Drücker
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Delegiertenwahlen zur Krankenkasse.
2. Verhandlungsangelegenheiten.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht die Anwesenheit aller
Vertrauensleute erforderlich.

Mitglieder-Versammlung

im Palais Theater (Koenigspalast), Burg- u. Wolfgangstr. Ecke.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des I. Bevoollmächtigten.
2. Kassenbericht.
3. Wahl eines Beisitzers event. Wahl eines II. Bevoollmächtigten.
4. Anträge.
5. Wahl zweier Revisoren.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
121/8
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Lokal des Herrn Keller, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom III. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der
Werkstattkontrollkommission und des Arbeitsermittlers. 3. Anträge und
Verbandsangelegenheiten.
127/4
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Wahlkreis des Wittenberg-Schweinitz.

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Anhaltstr.
Resourcement, Wittenbergstr. 114:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Die Reichstags- u. Nachwahl in unserem Kreis.
2. Beschäftigungs-
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 5 Uhr.
Specialitäten. J. M. Hütt.
Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Wo amüsiert man sich grossartig?

in Schnegelsbergs Festsälen
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Zuh.: Max Schindler.
Heute: Grosser Ball und Thaler-Regen
verbunden mit Cigarren-, Bondon-Regen und
diversen Ueberraschungen. 24442*
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Patzenhofer Marine-Bräu,

ist ein vollmundiges Bier, aus
feinstem Hopfen und edelstem
Malz, von ausgezeichneter Be-
kanntheit. (2345L*)
Preis frei Haus:
30 Fl. M. 3.—
1/2 To. M. 3.25
1/3 To. M. 2.65
Patzenhofer Brauerei
NO., Landsberger Allee 24-27.
NW., Strom-Strasse 11/16.

Bühne 2 M.

10 Jahre Garantie. Sollkommen schmerzlos. Zahn-
ziehen 1 M. Wunden 1.50 M. Teilzahl. wochentl.
1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Zeugen-Gesuch.

Der Kutscher, welcher am 15. August
vor dem Lokal Feinendörferstraße 5
den Unfall mit dem Fuhrwerk, wird ge-
beten, sich Marienburgerstraße Nr. 15
im Laden zu melden. Fahrlohn und
Verjüngung wird vergütet. 14988

Scholz.

monatlich
10 M. liefert
elegante
Herren-Garderobe
nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste
Preise. Herr Garderobe reich vorräthig.
Schneidermeister,
Tomprowski, Neanderstr. 18. II.

36 Mark

elegante Winter-Paletots.
30 Mark
hochfeine Herren-Anzüge.
12 Mark 2472L*
Schwere Winter-Beinkleider.
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14 Krausenstr. 14,
1 Kr. kein Laden 1 Kr.

Steppdecken

Kauft man am
besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmendel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Deden aufgearbeitet
werden. 24072*

Eigene Konfektion.

fertige Kleider
Enorm billig
praktische reinwoll.
Jackettkleider
neue Modelle
elegante Façons
in Colognat u. Damspun
15 M., 20 M.,
in feiner Ausführung 30 M.,
Reich garnierte
Strassenkleider
20 M., 25 M., 30 M.,
Schwarze Kleider in
Bantaststoffen 20 M., 25 M.,
Eleg. weisse Kleider in
Cheviotstoffen 25 M., 30 M.,
35 M.,
3.50 M., 8 M., 10 M., 15 M.,
Jackets
aus Götting, Damspun, moderne
Façons, in tadelloser Ver-
arbeitung, 10 M., 12 M., 15 M.,
Sackpaletots
90-110 cm lang, von 12 M.,
Seidenplüsch-Jackets
Seidenplüsch-Kragen
glatt, bestick und Pelzbeleg
27 M., 30 M., bis 50 M.,
Schwarze, glatte und bestickte
Capes und Kragen in
Götting u. wollefrei 10 M., 15 M.,
Kostümröcke
elegante Façons
6 M., 7 M., 10 M., 12 M.,
15 M., aus Seide 25 M.,
aus Alpaca 4.50 M., 6 M.,
bis 30 M., aus weiss und
crème-Cheviot und Piqué
3. 5. 7-15 M.,
Englische
Taillekleider
tadelloser Sitz, feinste Schneide-
arbeit in Cheviot, Damspun und
Zobelstoff 30 M., 45 M., 50 M.,
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße,
Ecke Lindenstraße.
Mass-Anfertigung.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer
Stralauerstr. 1.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Agitiert mit ganzer Kraft für einen Sieg der Socialdemokratie bei den am **Mittwoch, den 6. November**, erfolgenden **Stadtvorordneten-Wahlen**. Es gilt dem auf der Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahlsystems fußenden Freisinn für seine schmachliche Vernachlässigung der socialen Pflichten einen Denktzettel zu geben, es gilt ihn daran zu erinnern, daß es im kommunalen Leben der Reichshauptstadt noch andres zu thun giebt, als Reverenzen nach oben zu machen und die Interessen der Geldsacks-Privilegierten zu fördern. Parteigenossen! Rüttelt die Säumigen auf, befehrt die Unentschiedenen, damit der Wille des arbeitenden Volkes am nächsten Mittwoch so imponierend, wie es unter dem Dreiklassenwahl-Unrecht möglich ist, zur Geltung komme!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Für den 11. und 12. Kommunal-Wahlbezirk findet Donnerstagabend bei Graumann, Kammstr. 27, eine Wähler-versammlung statt, in der Genosse Stadthagen spricht. Frauen haben Zutritt. Gohrreicher Besuch ist geboten.

Der Wahlverein für den fünften Wahlkreis hält heute abend 8 1/2 Uhr im Alter Schützenhause, Pflanzstr. 5, seine Generalversammlung ab. Es erfolgt dort der Bericht des Vorstandes etc. sowie dessen Neuwahl. Jedes Mitglied hat die Pflicht, zu erscheinen.

Parteigenossen des Ostens! Wir machen Euch hierdurch nochmals auf die morgen abend 8 1/2 Uhr in Stechert's Festhöl, Andreasstraße 21, stattfindende Kommunalwähler-Versammlung des 23. Wahlbezirks, die Stadtbezirke 108-174 umfassend, aufmerksam. Agitiert so viel als in Euren Kräften steht in den uns noch fernstehenden Kreisen für diese Versammlung. Das Wahlkomitee.

Lokales.

Hausbefitzer-Praktiken bei der Kommunalwahl-Agitation.

Die Agitation zu den Stadtvorordneten-Wahlen wird von unsern Gegnern in einer eigenartigen Weise betrieben. Sie halten wenig Versammlungen ab, aber es wäre falsch, deshalb anzunehmen, daß sie die Hände in den Schoß legen. Sie schicken Agitatoren von Haus zu Haus, die mit jedem einzelnen Wähler in persönliche Verbindung zu treten suchen, um für ihren Kandidaten Stimmung zu machen.

In Moabit, wo die Bürgerpartei die von den sonst freiständigen Hausbesitzern aufgestellten Sonderkandidaten bereitwilligst unterstützt, haben die Hausbesitzer selbst die Aufgabe übernommen, die in ihren Häusern wohnenden Wähler zu bearbeiten. Jeder Wirt bekommt für sein Haus eine Liste, in die er bei denjenigen Wählern, die sich absolut unzugänglich zeigen und sich für den bürgerparteilich unterstützten Hausbesitzer-Kandidaten nicht gewinnen lassen wollen, eine entsprechende Bemerkung einträgt. In den schwarzen Listen für nicht empfehlenswerte Mieter kommen nun also auch noch solche für nicht haus-agrarisch gesinnte Mieter.

Diese Art der Agitation ist gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider nicht ganz aussichtslos. Die für die Mieter ungunstige Gestaltung des Wohnungsmarktes, der Mangel an kleinen Wohnungen und die dadurch bewirkte Steigerung der Mieten wie auch der Annahme gewisser Hauspächter, dürfte auf manchen kleinen Mieter einschäckernd wirken, so daß er dem hausagrarischen Liebeswerben keinen Widerstand entgegenzusetzen wagt. Man sieht, in welcher Weise die Hausbesitzer das faktische Abhängigkeitsverhältnis, in dem in Zeiten des Wohnungsmangels die kleinen Mieter zu ihnen stehen, zur Förderung ihrer hausagrarischen Sonderinteressen auszunutzen wissen. Um zu verhindern, daß die Stadtgemeinde, wie es die Socialdemokratie fordert, Maßregeln gegen den Wohnungsmangel trifft und so den Wohnungswucherern das Handwerk legt, sollen die Mieter die hausagrarischen Sonderkandidaten in die Stadtvorordneten-Versammlung schicken! Man müßte darüber lachen, wenn die Sache an sich nicht so bitter ernst wäre.

Gegenüber diesem vertöflischen Treiben der Hausbesitzer und ihres bürgerparteilichen Anhanges ist es Pflicht aller socialdemokratisch gesinnten Wähler, nicht nur am 6. November Mann für Mann an den Wahlstisch zu treten und ihre Stimme für die Kandidaten der Socialdemokratie abzugeben, sondern auch bis zum Tage der Wahl durch unermüdete Agitation von Person zu Person noch neue Stimmen zu werben. Die diesjährigen Wahlen finden in einer Zeit der Wohnungsnot statt, und sie stehen auch unter dem Eindruck der Wohnungsnot. Die Frage der Besserung unserer Wohnungsverhältnisse, die immer dringender eine Lösung verlangt, ist für die Hausbesitzer die Veranlassung gewesen, in den Kampf um das rote Haus diesmal mit besonderem Eifer einzugreifen. Sie wissen, welche Vorteile ihnen winken, wenn sie ihre Kandidaten mit Hilfe, sei es des Freisinn, sei es der Bürgerpartei durchbringen, welche Schwierigkeiten bei der weiteren Verfolgung ihrer Ausbeutungspläne ihnen andererseits entstehen, wenn sie in dem Wahlkampf unterliegen. Moge da auch die Arbeiterbevölkerung, dessen eingebend sein, was für sie auf dem Spiele steht wenn die Schutztruppe des Hausagrarierstums in der Stadtvorordneten-Versammlung eine weitere Stärkung erfährt. Nieder mit den Wohnungswucherern und ihrem Anhang!

Der Magistrat und die Arbeitslosigkeit.

Unter dieser Spitzmarke macht jetzt folgende Notiz die Runde durch die Zeitungen: „Der Magistrat ist auf Grund der angeforderten Erhebungen zu der Ansicht gelangt, daß zur Zeit keine Veranlassung vorliegt, mit der Frage der Arbeitslosigkeit vor die Öffentlichkeit zu treten. So hat der Magistrat denn auch beschlossen, von einer in den Provinzen zu verbreitenden Bekanntmachung abzusehen, in der vor dem Hinzug nach Berlin gewarnt wird. Im Jahre 1894 hatten die Gemeindebehörden eine derartige Warnung erlassen, damit nicht von außen her die Zahl der hier befindlichen Arbeitslosen noch vermehrt würde. Selbstverständlich weiß sich der Magistrat verpflichtet, die Frage sorgfältig im Auge zu behalten.“

Wo mag der Berliner Magistrat seine Erhebungen angestellt haben? Wenn er sich doch nur einmal von seinem grünen Tisch erheben und sich auf die Straße gewagt hätte zu einer Zeit, wo die „Arbeitsmärkte“ an den verschiedensten Stellen der Stadt ausgegeben werden. Die geradezu erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit hätte dann selbst einem wohlwollenden Magistrat nicht entgehen können. Aber nicht allein die völlig arbeitslosen Proletarier haben unter dem schlechten Geschäftslage zu leiden, auch viele von denen, die noch Arbeit haben, werden oft nur einen halben Tag beschäftigt und müssen ihre Lebenshaltung auf das äußerste einschränken. Der Magistrat hätte ferner bei dem Verband der Berliner Industriellen anfragen sollen, der auch den bedeutenden Umfang der Arbeitslos-

keit zugestanden hat. Von einer Recherche bei den Gewerkschaften ganz abgesehen.

Daß der Magistrat nicht wieder, wie es 1894 geschehen ist, eine Warnung vor Hinzug nach Berlin veröffentlicht will, scheint uns verständlich, denn näher würde eine solche Warnung wahrscheinlich doch nicht. Eine andre Frage ist aber, was hat der Magistrat, um die Schäden der Arbeitslosigkeit abzuwenden, soweit dies unter den jetzigen Verhältnissen möglich ist? Es kann einer Gemeinde unmöglich gleichgültig sein, wenn Tausende ihrer Mitglieder Not und Entbehrungen über sich ergehen lassen müssen. Wirft ein solcher Notstand doch nicht nur auf die Steuerverhältnisse ungünstig ein, nein, er bringt auch schwere gesundheitliche Schäden mit sich. Gernicht zu gedenken der politischen Nachteile, welche solche Bürger treffen, die gezwungen sind, die Hilfe der Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Die städtischen Behörden haben also alle Veranlassung, so viel in ihrer Macht liegt, der Arbeitslosigkeit abzuwehren. Und die Stadt Berlin kann viel thun zur Linderung des Arbeitsmangels. Als größter Bau-Unternehmer könnte die städtische Verwaltung die ungenutzten Bauten beschleunigen, die in Arbeit befindlichen Projekte bald fertig stellen lassen und so, ohne auch nur einen Pfennig unzulänglich auszugeben, Tausenden von Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen. Leider handelt man im Magistrat nicht nach diesem Grundsatze. Bei aller Hochachtung vor der künstlerischen Schaffenskraft unser Hochbauverwaltung muß man ihr nachsagen, daß sie einen sehr bedeutenden Mangel an socialpolitischem Verständnis aufweist. Ein Beispiel nur. Es werden jetzt die ersten Gebäude für die neue Irrenanstalt in Guck errichtet. Gerade die Fertigstellung dieses Baues ist eine dringende Notwendigkeit. Denn wie die letzte Nachweisung der Irrenverwaltung zeigt, sind schon jetzt viel mehr Kranke in den Privatanstalten untergebracht, als sich in den städtischen Irrenanstalten befinden. Man sollte nun glauben, daß dies die Verwaltung veranlassen müßte, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften den Bau der Anstalt zu fördern. Weit gefehlt! Man muß auf dem weiten Terrain, auf dem die Anstalt errichtet wird, förmlich nach Arbeitern suchen. Es scheint, als ob alles angefordert wäre, als ob der Meißelgeier seine Pittige über das Gelände gebreitet hätte.

Frägt man nach der Ursache dieser sonderbaren Erscheinung, so erhält man die Antwort: „Die Steinträger freilegen!“ Und warum streifen die Steinträger? Weil der Arbeitgeber, der die Arbeiten von der Stadt übernommen hat, die schlechten Zeiten benutzen will, um den Accordlohn herunterzudrücken. Auf Unterhandlungen läßt sich der Herr überhaupt nicht ein, nicht einmal mit der städtischen Bauverwaltung. Man sollte meinen, daß der Berliner Magistrat einen so rentirenden Unternehmer durch die im Bauvertrag vorgesehenen Konventionalstrafen zwingen würde, den von ihm übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Aber das thut unser nachgiebiger Magistrat nicht. Es geht alles seinen gewohnten Schandrian. Wo Tausende von Arbeitern ihr Brot finden könnten, werden die dringendsten Arbeiten jahrelang hingeschleppt. Sonst die Bauverwaltung hierbei im Sinne der Majorität auch der Stadtvorordneten handelt, ist selbstverständlich. Wenn auch hätten liberale Volkstretter ein Eingreifen für notwendig gehalten, sobald es sich um Verbesserung der Lage der Arbeiter handelte!

Der Gegenkandidat des Stadtvorordneten Jacobi, Rechtsanwält Dieder, sprach am Montagabend vor den Wählern des 1. Bezirks der 2. Abteilung. Sein kommunales Programm bezieht sich im wesentlichen mit demjenigen der „Neuen Linken“, doch geht Herr Dieder in einigen Punkten darüber hinaus, z. B. in der Wohnungsfrage, zu der er den bodenreformerischen Standpunkt einnimmt. Herr Dieder fand bei einem beträchtlichen Teil der gut besuchten Versammlung starken Beifall. In der langen und lebhaften Diskussion wurde für und wider Jacobi gesprochen, aber der Gegensatz zwischen Dieder und Jacobi kam lehrreichsweises mit voller Klarheit zum Ausdruck. Auf beiden Seiten schien man sich eine gewisse Zurückhaltung aufzulegen, weil man auf beiden Seiten den Wunsch hatte, den Gegner nicht abzustochen, sondern zu sich hinüberzuziehen. Daß es sich in der That um keinen unüberbrückbaren Gegensatz handelt, das war auch schon aus Dieders Ausführungen hervorgegangen. Gleich im Eingang seiner Rede hatte er ausdrücklich versichert: wäre der Sieg eines Liberalen in diesem Wahlbezirk gefährdet, dann würde er es für Verrot an der liberalen Sache halten, wenn er nicht selber auf jede Weise darauf hinwirken wollte, daß alle Liberalen — koste es, was es wolle — sich auf einen Kandidaten einigten, und auch er würde in diesem Fall für Jacobi eintreten. Die Verteidigung von Jacobi und seinen Leuten besorgten Kommunalpolitiker wurde besonders vom Stadtvorordneten Rechtsanwält Sachs geführt, der selber einer von denen um Jacobi, wenn auch keiner der schärfsten, ist. Herr Sachs erklärte sich in manchem mit Dieder einverstanden, worauf Rechtsanwält Stern, einer der eifrigsten Befürworter der Kandidatur Jacobi, die Versicherung abgab, daß auch die um Dieder an dem Standpunkt des Herrn Sachs eigentlich nichts auszusagen haben. Gegen das wunderliche Gerücht, daß Herr Dieder ein Stück Socialdemokrat sei, wandte sich ein Herr Lipschütz mit großer Entrüstung. Dem Standpunkt der wenigen socialdemokratischen Wähler dieser Abteilung brachte Rechtsanwält Vech zum Ausdruck, der unter anderem darauf hinwies, daß Dieder zum mindesten die Waffen zu seinem Kampf gegen die socialpolitische Rücksichtslosigkeit Jacobi's und seines Anhangs erst aus dem Arsenal der Socialdemokratie geholt habe. Zu einer Abstimmung über die Kandidatur Dieder schritt die Versammlung nicht; die in einer bloßen Vorbesprechung erfolgte Auffassung durch 24 Stimmen wurde als ausreichende Legitimation angesehen. — Die Wahl wird zeigen, ob Herrn Dieders Ruf nach wirklich so groß und stark ist, ob er vor allen Dingen ausreichend ist, um einen Jacobi aus dem Sattel zu heben. Sehr wahrscheinlich ist das nicht, für die Jacobikräfte wird es übrigens ein Trost sein, daß Herr Dieder und seinen für radikal haltenden Freunden die Ansicht auf ein ferneres Verbleiben Jacobi's in der Stadtvorordneten-Versammlung doch nicht ganz so entscheidend ist wie der Gedanke, daß dem Liberalismus ein Bezirk verloren gehen könnte.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung am Donnerstag, den 31. Oktober d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Berichterstattung

über die Vorlagen betreffend die Grundzüge für die Verdrächtigung fremder Dienstzeit bei der Pensionierung und Rentenversorgung von besoldeten Magistratsmitgliedern, die Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung der Stadt Berlin, und Abhandlung von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerfuß von 4 M. vom 1. April 1902 ab bis auf weiteres, Genehmigung eines mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn getroffenen Abkommens wegen Einstellung des Accumulatorbetriebes und Ertrag desselben durch Betrieb mittels ober- und unterirdischer Stromzuführung, Berichterstattung über die Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Wohnungsnot und die auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mängel, sowie die Vereinfachung des Geländes der ehemaligen Stralauer Wasserwerke für Einrichtung kleiner Wohnungen, Vorlagen betreffend den Ankauf von Terrain zur Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes und für den Fleisch-Engrosmarkt.

Die „Empfangenden“. Die Stadtvorordneten-Versammlung hat in ihrer nächsten Sitzung darüber zu entscheiden, ob die Viermark-Steuer fernerhin noch erhoben werden soll oder nicht. In der vorigen Sitzung hatte die bekannte kommunalliberale Mehrheit es durchzusetzen gewußt, daß die Entscheidung noch um 8 Tage hinausgeschoben wurde. Das freisinnige „Berliner Tageblatt“ sucht jetzt für die Beibehaltung der Steuer Stimmung zu machen. Der der Stadt nur als ein „Empfangender“ gegenüberstehe, der dürfe nicht noch den Anspruch erheben, sich aktiv durch die Ausübung des Wahlrechts an der Verwaltung dieser Stadt zu beteiligen. In einem Steuerminimum müsse festgehalten werden, und zwar wegen des einer solchen Steuer inwohnenden — idealen Moments. Das „Berliner Tageblatt“ gehört zu denjenigen Blättern, die den Stadtvorordneten Jacobi angeht wegen seiner socialpolitischen Rücksichtslosigkeit bekämpfen. Es steht aber, wie man aus dieser Stellungnahme gegen die Viermark-Steuer erfährt, selber in manchem auf Jacobi's Standpunkt. Herr Jacobi sprach mit den Leistungen der Stadt für die Armenunterstützung, mit dem Schulwesen, der Wasserversorgung, der Krankenpflege usw. und bezeichnete das alles als „Wohltaten“. Das „Berliner Tageblatt“ zählt dieselbe Liste her und spricht von „Empfangenden“. Was die Hunderttausende von Familien, die ihre Kinder in die Gemeindeschulen schicken, ihre Angehörigen in den Krankenhäusern versorgen lassen usw. durch ihre Arbeit zum Gedeihen der Stadt beitragen, das gilt dem „Berliner Tageblatt“ ebenso wenig wie Herrn Jacobi. Und da soll man die Entlastung über Jacobi's Rücksichtslosigkeit ernst nehmen?

Zum Milchstreik. Kommerzienrat C. Wolke hat gegen den Vorstand der Centrale für Milchverwertung, Herrn Oekonomierat Ring, wegen eines ihm verbüchtigten Inzerates Klage wegen unlauteren Wettbewerbs und Verleumdung eingereicht. Ebenso ist gegen eine Anzahl dieser Milchhändler, die aus der Konvention, welche die Mitglieder des hiesigen Milchhandels verpflichtete, Milch nicht zu höheren Preisen als zu 12 Pf. für das Liter frei Berlin zu kaufen, ausgetreten sind, von dem Vorstand des Vereins Berliner Milchpächter Klage auf Zahlung der Konventionalstrafe von 1000 oder 2000 M. eingereicht worden.

Der Stadtvorordnete Leopold Jacobi hat seiner Fraktion, der Alten Linken, Mitteilung über die Vorgänge gegeben, die den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu Grunde liegen. Daraufhin soll die Fraktion beschließen haben, die Verurteilung eines Senatoren-Konvents anzuregen, der, aus den hervorragenden Mitgliedern aller Parteien im roten Hause zusammengesetzt, prüfen wird, ob und inwieweit die Anschuldigungen einen thatsächlichen Untergrund haben. Man will angeblich vor voller Öffentlichkeit verhandeln.

Verfrorenung. Am Dinstag (30. November) sind, wie das Polizeipräsidium mitteilt, alle öffentlichen Lustbarkeiten mit Einschluß der Gefangenen- und deklamatorischen Vorträge, Schankstellungen von Personen, theatralischen Vorstellungen und Musikaufführungen verboten. Nur Aufführungen geistlicher Musik in Kirchen und in den Sälen solcher Konzer- oder Theaterunternehmungen sind gestattet, deren Zweck es ist, Darbietungen zu veranstalten, bei welchen ein höheres Interesse der Kunst obwaltet. Am Vorabend des Dinstages sind öffentliche Tanzlustbarkeiten und Välle verboten. Diese Verbote finden auch auf solche private Lustbarkeiten Anwendung, die geeignet sind, die äußere Gehaltlosigkeit der Sonn- und Feiertage zu beeinflussen.

Die Betriebsverwaltung der Großen Berliner Straßenbahn hat nunmehr, dem seitigen Verkehr Rechnung tragend, mit der Einrichtung besonderer Einzahlstellen für den Frühverkehr begonnen. Um jegliche Störung für den schubladigen Betrieb zu vermeiden, werden soweit wie möglich Ringlinien gebildet. Außer der vor kurzem zur Eröffnung gelangenen Frühstrecke Warschauer-Platz — Lindenstraße — Dönhofsplatz — Französischer — Friedrichstraße — Markensendepark sind zwei weitere Ringlinien Landberger Allee resp. Petersburgerstr. — Wühlendamm — Dönhofsplatz — Hausvogtelplatz — Königsplatz und zurück nach dem Ausgangspunkt eröffnet worden. Die Linien Rieder-Schönhausen-Brig hat zwei Einzahlstellen erhalten und zwar Rieder-Schönhausen-Motivplatz (weiches Schild) und Spittelmarkt-Brig (rotes Schild mit weißem Strich). Auf der Strecke Höltyer Bahnhof-Moabit Waldstraße wird während der Hauptverkehrszeiten durch Verdoppelung des Bagabetriebes den Anforderungen Rechnung getragen. Weitere Einzahlstellen werden je nach Bedarf in nächster Zeit eingerichtet.

Eine Diebes- und Scherbande, die das „Geschäft“ im großen Betrieb, ist selbsterwählend worden. Der Kriminalpolizei gingen seit einiger Zeit Anzeigen über viele Diebstähle an Kostern aller Art zu. Seiden- und Tuchstoffe wurden aus großen Geschäftshäusern, größere und kleinere Pakete von Handwagen auf der Straße, Waren aller Art bald nach ihrer Ankunft auf den Bahnhöfen gestohlen. Kriminalbeamte stellten nun langwierige Beobachtungen an, indem sie sich als Handwerksgehilfen, Handwerker oder Geschäftsbetreibende verkleideten. Sie ermittelten, daß ein ehemaliger Hausknecht Reumann und ein Schlosser Johann, genannt der „heiße Franz“, als Diebe, die Händler Raphael am Rönigshofsplatz und Rosenberg aus der Steinstraße als Helfer ihre Hand im Spiele haben mußten. Trotzdem konnte man erst nach Wochen zugreifen, weil man nicht bloß die Strigububen, sondern auch ihre Beute haben wollte. Man setzte deshalb einen wegen Diebstahls verurteilten Handwerksmeister aus Charlottenburg, von dem man wußte, daß er in großem Umfange für Schneider „Gore“ einkaufte, auf freien Fuß und beobachtete ihn dann heimlich auf Schritt und Tritt.

Auf diese Art entdeckt man endlich auf dem Hofe des Grundstücks Stralauerstraße 41 das Diebeslager. Es lag zu ebener Erde, war durch eine verborgene Thür zugänglich und enthielt so viele und gute Sachen, daß diese selbst einem Großhändler gemacht hätten: Seiden- und Tuchstoffe, Silberwaren, besonders auch silberne Stoffhüllen, Bijouteriewaren, feine Perlwaren und vieles andre war hier aufbewahrt. Zwei große Möbelwagen waren erforderlich, um das beschlagnahmte Gut, das mindestens 50 000 M. wert ist, nach dem Polizeipräsidium zu schaffen.

Durch einen Sturz aus dem Fenster verfuhrte sich Dienstagmorgen das 20 Jahre alte Dienstmädchen Gertrud Kohl in der Klopffabrik 34 zu töten. Das Mädchen hatte sich vierzehn Tage ohne Stellung bei einer Schwester aufgehalten und war erst vorgestern abend bei dem Banddirektor Bronau zugezogen. Gestern morgen erklärte sie, nicht Kaffee kochen zu können, da sie krank sei. Die Dienstherrin erwiderte darauf, dann könne sie ja wieder kochen, dann brauche sie ihr aber deshalb nicht zu kommen. Als hierauf Frau Bronau in ihr Schlafzimmer gegangen war, sprang das Mädchen aus einem Fenster der ersten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße hinab und zog sich einen Bruch des rechten Arms und Veines und eine schwere Gehirnerschütterung zu. Die Rettungswache in der Altonaerstraße leistete der Schwerverletzten die erste Hilfe und ließ sie nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus bringen.

Selbstmord begangen hat der 47 Jahre alte Bauunternehmer Friedrich Höhne, der in kinderloser Ehe lebte und Jördenstraße 29 wohnte. Nachdem er vorgestern auf seinem Bau an der Ecke der Eldenaer- und Prosauerstraße mit seinen Arbeitern einen Streit gehabt hatte, ging er nach Hause. Hier fand ihn gestern morgen seine Frau im Keller erhängt auf.

Das leidige Abspringen von Straßenbahnwagen hat abermals ein Menschenleben zum Opfer gefordert. Als am Montagmorgen gegen 9 Uhr der 17-jährige Sohn des in der Großen Frankfurterstraße 141 wohnenden Herrengarderobehändlers Lindendamm an der Ecke der Fiden- und Königstraße von der Hinterplattform des Straßenbahnwagens 1822 der Linie Spittelmarkt—Friedrichsfelde trotz Warnung des Schaffners absprang, stürzte er auf das Straßenpflaster. Der junge Mann trug einige unbedeutende Hautabschürfungen am Kopf davon und erhielt in der Unfallstation in der Prädigerstraße einen Rotverband. Der Patient, der sich aufrichtend wohl befand, wurde dann mittels Droschke nach der elterlichen Wohnung geschafft. Bald darauf aber traten Symptome einer Gehirnerschütterung ein, die den Tod des jungen Mannes am gestrigen Abend herbeiführten.

Von einem Kamotewagen überfahren wurde gestern, Dienstagmorgen um 1 1/2 Uhr, der 2 Jahre alte Sohn Erich des Arbeiters Geibel aus der Reuen Winterfeldstr. 10 in der Goltzstraße zu Schneberg. Er erlitt schwere Verletzungen am linken Fuß, an der linken Hand und am Unterleib und wurde von der Unfallstation Schneberg in der Rollendorfstraße einem Krankenhaus zugeführt.

In Sachen des Freiherrn v. Wroth ist in Hamburg der Rechtskonsulent Albert Ledsch verhaftet worden, der kürzlich von Berlin dorthin verzogen war. Gleich wurde auf Antrag des Landgerichts I in Berlin festgenommen und ist in das Berliner Untersuchungsgefängnis in Moabit übergeführt worden. Der Haftbefehl gründet sich auf den dringenden Verdacht der Beihilfe zum betrügerischen Bankrott.

Einen Selbstmordversuch beging gestern mittag gegen 12 Uhr ein junger Mann an der Weitenstraße. Er stürzte sich in die Spree, wurde aber von Straßenpassanten, die ihm nachsprangen, gerettet. In bewußtlosem Zustande wurde der Unglückliche in ein Krankenhaus gebracht.

In einer Blutlache tot aufgefunden wurde vorgestern abend um 11 Uhr der bei seinem Bruder in der Ludauersstr. 16 wohnende, 37 Jahre alte unverheiratete Max Roa, der zeitweise an Wahnvorstellungen zu leiden pflegte. Roa war gegen 10 Uhr von Hause fortgegangen, eine Stunde später wurde er von einem Schuttmann vor dem Hause Ammenstraße 1 mit einer Wunde über dem linken Auge in einer Blutlache liegend aufgefunden. Heute morgen ist Roa den erhaltenden Verletzungen erlegen. Die Angehörigen nehmen an, daß ein Verbrechen vorliegt.

Ein neuer Kursus für Gesessene wird an der 9. händlichen Fortbildungsschule für Jünglinge und Männer, Reichstr. 38, am Mittwoch, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, eröffnet. Aufgenommen werden Köchinnen, Kautschuker, Vertreter des Handwerks usw. finden hier Gelegenheit, unter Leitung des Magistratsrats Bellwig sich über Fragen auf allen Gebieten des Rechts, soweit sie mit dem täglichen Leben im Zusammenhang stehen, an der Hand praktischer Beispiele zu unterrichten; insbesondere werden in diesem Semester die die gewerblichen Kreise besonders interessierenden neuen Bestimmungen der Unfall- und Invaliditätsversicherung und einige Abschnitte aus dem bürgerlichen Gesetzbuch besprochen werden. Anmeldungen nimmt der Herr Dirigent Pagel täglich von 7—9 Uhr abends Brammstraße 38 entgegen.

Im Apollo-Theater findet heute die Premiere der neuen Ausstattungsbüchse „König Aena“ statt.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung besahte sich in ihrer letzten Sitzung fast ausschließlich mit der Vorlage des Magistrats betr. den Erlass eines Ortsstatuts über die Errichtung von Schutzgebäuden an unsfertigen Straßen usw. Nachdem der Entwurf bereits einen Ausbruch vorgelegt hatte, wurde er nach einigen Aenderungen, die auch vom Bezirksauschuss angeregt waren, im ganzen angenommen. — Für den Anschluß der Stadt an die Centralstelle für Wasserversorgung und Abwässerreinigung wird auf die Dauer von 5 Jahren, und zwar vom nächsten Etatsjahr an, ein jährlicher Beitrag von 500 M. bewilligt.

In den Stadtverordnetenwahlen in Schneberg schreibt man uns: Immer näher rückt die Zeit für die am 11. November stattfindenden Wahlen und noch vieler Arbeit bedarf es, um die dem kommunalen Leben leider noch fernstehenden zur Mitarbeit und thätigen Hilfe anzuspornen. Wenn man bedenkt, daß zur dritten Abteilung allein über 12 000 Wähler eingetragen sind, daß in manchen Bezirken gegen tausend Wahlberechtigte einzig und allein für die Arbeiterschaft in Betracht kommen, dann sollte man meinen, es könnte bei einigem Interesse ein Sieg für unsere Sache nicht zweifelhaft sein. Doch wie sieht es in Wirklichkeit? Wenn auch die Anteilnahme an den kommunalen Fragen thätiglich in den letzten Jahren bei unsren Genossen etwas zugenommen hat, so sieht sie noch lange nicht im richtigen Verhältnis zu den Aufgaben, die die politische organisierten Arbeiter in den Kommunen sich gestellt haben. Ganz besonders aber dürfte dies für unsern Ort zutreffen, der bei einer Einwohnerzahl von über 100 000 Personen, zu denen die arbeitende Bevölkerung das größte Kontingent stellt, bloß zwei Vertreter in die gesetzgebende Körperschaft bisher entsenden konnte.

Wäge die Arbeiterschaft in Schneberg sich die Thaten des hiesigen Freimassens-Mischmashes vor Augen führen und daraus erkennen, daß es ihre Pflicht ist, mit Eifer bei den Stadtverordnetenwahlen ihre Pflicht zu thun und sich die Kandidaten der Socialdemokratie einzutreten.

Die Stadt Rixdorf plant den Bau eines schiffbaren Kanals, der, am Landwehrkanal beginnend, quer durch die Köllnischen Wiesen bis zum Bohndorfer der Ringbahn geführt werden soll. Mit den Arbeiten sollte im nächsten Frühjahr begonnen werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Einkänkung der Arbeit in den meisten Zweigen der Industrie bereits eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigungslos gemacht hat und eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten steht, wenn die in der Ausführung begriffenen Bauten im Winter ganz oder teilweise eingestellt werden, hat der Magistrat von Rixdorf, wie ein hiesiges Blatt berichtet, beschloffen, im Fall der Not sofort mit den Arbeitsstellen für den Kanal beginnen zu lassen, um so vielen Leuten Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es sollen deshalb schleunigst alle Vorarbeiten und Vorbereitungen für den Bau getroffen und das zu diesem Zweck

erforderliche technische Personal schon jetzt eingestellt werden. Zu diesem Beschluß des Magistrats haben die Rixdorfer Stadtverordneten noch in ihrer am nächsten Donnerstag stattfindenden Sitzung ihre Zustimmung zu geben.

In Friedrichsfelde wurde von der Gemeindevertretung beschlossen, am Schulsbaue einen Flügel anzubauen, der 8 Klassen faßt und an Kosten 25 000 M. erfordert. Die Hundesteuer soll von 8 auf 9 M. erhöht werden.

Lichtenberg. Neben dem Antrage aus bürgerlichen Kreisen, eine Untersuchungskommission in der Bestechungsangelegenheit zu wählen, steht die Beschlußfassung über das Ortsstatut für das Gewerbegericht auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung der Gemeindevertretung. Grund genug, daß auch die Arbeiter durch ihre Gegenwart den Sitzungen, die um 5 1/2 Uhr beginnen, mehr Interesse bezugen.

Gerichts-Zeitung.

Der besessene Fall, daß ein vom Gerichtsdarzt für unzurechnungsfähig erklärter Mann zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt wird, ereignete sich gestern.

Wegen gefährlicher Wildhandlung eines Schutzmannes wurde der Mechaniker Carl Fielenz vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Der in einer hiesigen Fabrik thätige Angeklagte gilt bei seinen Kollegen in nächstem Jubilate als ein ruhiger und arbeitssamer junger Mann, der aber unberechenbare Dinge verübt, wenn er auch nur geringe Quantitäten Bier oder Alkoholika zu sich nimmt. Am 15. März hatte ein neu eintretender Kollege in der Werkstatt einige Kopfen Bier zum besten gegeben, der Angeklagte hatte während der Arbeit mitgetrunken und die Werkstatt gegen 4 Uhr verlassen. Bald darauf verübte er in der Bellealliancestraße einen sehr groben Tösch. Bei der Parutherstraße sprang er auf einen in der Fahrt begriffenen Pferdebahnwagen und verlangte einen Fahrschein. Der Schaffner sagte ihm, daß sich das Fahren doch nicht lohne, da der Wagen nur bis zum Plätscherplatz gehe; der Angeklagte blieb aber bei seinem Verlangen und er erhielt er einen Fahrschein gegen 10 Pf. ausgehändigt. Gleich darauf verlangte aber der Angeklagte sein Geld zurück und als der Schaffner Einwendungen erhob, schlug er diesem sein Fahrschein-Blatt aus der Hand, so daß es vom Wagen fiel, sprang während der Fahrt vom Wagen und suchte zu entkommen. Er wurde jedoch festgehalten und von dem Schuttmann Eilmann nach seinen Personalien befragt. Dies verletzten den Angeklagten in eine hochgradige Wut, die sich in einer Reihe von Schimpfworten Luft machte. Er weigerte sich, zur Wache zu folgen und verziehte dem Schuttmann einen so heftigen Faustschlag gegen das linke Auge, daß dieser zurücktaumelte und einen Schwindelanfall erlitt. Mehrere hinzukommende Schutzleute versuchten nun, den renitenten Menschen zur Wache zu bringen, es gelang dies aber erst durch die Unterstützung mehrerer Zivilpersonen, die den Widerstand des Angeklagten schließlich überwandten. Auf der Wache konnte er dem Polizeileutnant seine Personalien so fehlerlos angeben, daß diesem auch nicht entfernt der Gedanke kam, einen betrunkenen Menschen vor sich zu haben. Für den Schuttmann hat der Schlag ins Auge sehr böse Folgen gehabt. Er mußte, da er eine blutende Wunde an der Schläfe hatte, sofort die Unfallstation aufsuchen. Als er am nächsten Tage Dienst hat, bekam er das Erbrechen; dies wiederholte sich am folgenden Tage und er mußte sich krank melden und auf Anordnung seines Arztes die Charité aufsuchen. Dort ist er vier Wochen behandelt und dann entlassen worden, ist aber noch heute dienstunfähig und in ärztlicher Behandlung, da sich bei ihm eine halbseitige Lähmung und Gefühllosigkeit herausgestellt hat. Der Angeklagte behauptete, von dem ganzen Vorfall nichts zu wissen und das Opfer des Alkoholgenusses geworden zu sein. Er ließ sich durch seine Arbeitskollegen besätigen, daß er sich in angetrunkenem Zustande befand, als er die Werkstatt verließ und daß schon verhältnismäßig geringe Quantitäten Bier oder Schnaps ihn unzurechnungsfähig machen. — Der ärztliche Sachverständige, Privatdocent Puppe, begründete ausführlich sein Gutachten, welches dahin ging, daß bei dem Angeklagten zur Zeit der That die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Er erachtete aber den Angeklagten für gemeingefährlich und befürwortete dessen Ueberführung in eine Irrenanstalt. — Staatsanwalt Vöttinger hielt trotz dieses Gutachtens die Anklage aufrecht, da ihm die Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten bei der That nur in geringem Grade gemindert schien. Der Angeklagte habe einen pflichttreuen Beamten voranfänglich zeitweilig unmöglich gemacht und verdiene eine exemplarische Strafe. Er beantragte 1 1/2 Jahre Gefängnis, event. Ueberweisung des Angeklagten in eine Irrenanstalt. Verteidiger Rechtsanwalt Pohle plädierte auf Freisprechung. — Nach langer Beratung erkannte der Gerichtshof dahin, daß der Angeklagte wegen schwerer Körperverletzung, Verleumdung und Widerstandes zu 1 1/2 Jahren Gefängnis zu verurteilen sei. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten zwar nicht für ganz normal, aber doch nicht für so geisteskrank, daß er für seine Handlungen nicht verantwortlich zu machen wäre. Der Gerichtshof glaubte, dem Zustande des Angeklagten durch die Zubilligung mildernder Umstände genügend Rechnung zu tragen, wären diese nicht zugestimmt worden, hätte auf Justizhaus erkannt werden müssen.

Die Entschädigung der Vorstandmitglieder von Krankenkassen betrifft eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. Nach § 34a des Kranken-Versicherungsgesetzes kann den ehrenamtlichen Vorstandmitgliedern der Orts-Krankenkassen durch Statut eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte ihnen erwachsenden Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst zugesichert werden. Die Ortskasse zu Helbert wollte nun diese Entschädigung für den ersten Vorsitzenden höher bemessen als für die übrigen Vorstandmitglieder. Er sollte für die Stunde 65 Pfennig erhalten, die andern dagegen sollten nur auf 40 Pfennig Anspruch haben, wie bisher. Der Vorsitzende des Bezirksauschusses verlegte die Genehmigung zu dieser Aenderung des Statuts, indem er meinte, die Entschädigung müsse für alle Vorstandmitglieder gleich bemessen werden. Der Bezirksauschuss erkannte jedoch auf die Klage der Kasse dahin, daß die fragliche Statutenänderung zu genehmigen sei. Nachgeben wäre, daß der erste Vorsitzende öfter bei Tage in Sachen der Kasse von der Arbeit abgerufen werde und so mehr Zeit einbüße, als er entschädigt verlangen könne, da er eine Entschädigung ja nur für die bei dem eigentlichen Vorstandsgeschäfte eingehaltene Zeit beanspruchen dürfe.

Der Kommissar zur Wahrung des öffentlichen Interesses legte Revision ein, das Ober-Verwaltungsgericht billigte die vorerwähnte Entscheidung und betonte, daß die Entschädigung durchaus nicht unter allen Umständen für jedes Vorstandmitglied die gleiche sein müsse.

Wegen Uebertretung des § 8 des Vereinsgesetzes waren die fünf Vorstandmitglieder (Penkel und Genossen) der Zahlstelle Rixdorf des Deutschen Glasarbeiter-Verbandes angeklagt worden, weil sie Bekehrnisse in den Verein aufgenommen hatten. Ingleich wurde die vorläufige Schließung der Zahlstelle verfügt. Das Schöffengericht verurteilte auch die Angeklagten, indem es gleich der Polizei und Staatsanwaltschaft die Zahlstelle für einen politischen Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes erklärte. Hierfür berief es sich besonders auf Aeusserungen, die in verschiedenen Versammlungen gefallen waren. So hatte einmal der Referent Paul in seinem Vortrage über das neue Invalidenversicherungsgesetz gesagt, daß die Verbesserungen, die es neben manchen Mängeln anzeige, der Socialdemokratie zu verdanken wären. In einer andern Versammlung kam ein Redner auf die Sonntagsschule zu sprechen und in einer dritten referierte Paul über die Krankenversicherung, wobei er die Mängel des Gesetzes hervorhob und es als empfehlenswert bezeichnete, daß das Krankenversicherungswesen nach dem Muster der Invalidenversicherung

„verstaatlicht“ würde. — Das Landgericht als Berufungsinstanz hob das schöffengerichtliche Urteil auf und sprach die Angeklagten frei, indem es aus den Vorgegangen in den Versammlungen und aus den Verbandsstatuten nicht die Ueberzeugung zu gewinnen vermochte, daß es sich um einen politischen Verein im Sinne des § 8 handle. Die Staatsanwaltschaft legte nacheinander Revision ein, der Strafenat des Kammergerichts folgte aber dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwält Dr. Heinemann, und verwarf das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Der Vorderrichter habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß der Verein nicht bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern, und er habe auch den Begriff der politischen Gegenstände nicht verkannt. Politische Gegenstände seien nur solche Gegenstände, welche unmittelbar den Staat und seine Gesetzgebung betreffen und keine Organe in Bewegung setzen. Allerdings mögen in den Versammlungen bisweilen Aeusserungen gefallen sein, die als politische bezeichnet werden könnten. Daraus folge aber nicht notwendig, daß die Erörterung politischer Gegenstände zu den Zwecken des Vereins gehöre. Nur wenn dies der Fall wäre, könnte § 8 des Vereinsgesetzes angewendet werden.

Vermishtes.

Wunderlicher Frauentort. Die Niagarafälle hat letzten Donnerstag, wie aus New York gemeldet wird, Fräulein Anna Taylor in einem Fahrdurchfahren. Das Fahrad war aus besonders starkem Holz angefertigt und durch Stahlbogen haltbarer gemacht, der Boden war beschwert worden, im Januar waren verschiedene Reifen befestigt, an denen sich die kleine Fahrerin halten konnte, und der Kopf war durch verschiedene Klaffen gesichert. Luft wurde durch einen Gummi Schlauch zugeführt. Fräulein Taylor trug einen Bade-Anzug. Das Fahrad wurde von einem Mann an die Fälle herangefahren und dann losgelassen, worauf es sofort, wie stork auf dem Wasser springend, die Stromschnellen hinabglitt; bei dem Hauptfall stürzte es mit dem Wasser eine Höhe von 165 Fuß hinab. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge wohnte dem Schauspiel bei. Nach etwa zwei Minuten tauchte das Fahrad aus dem Schudel wieder auf und wurde aus Land gebracht. Die Insassin war bei Bewußtsein, konnte aber erst nach Minuten wieder sprechen, sie hatte verschiedene Verletzungen am Kopf.

Marktpreise von Berlin am 28. Oktober 1901

nach Ermittlungen des tgl. Polizeipräsidiums.			
Waren	gut	mittel	schlecht
Rothweizen	14.40	13.70	13.00
Mittelweizen	13.60	13.00	12.90
Winterweizen	16.20	15.40	14.80
Gerste	7.50	7.00	6.80
Hafer	4.00	3.50	3.20
Roggen	5.00	4.50	4.20
Reis	60.—	30.—	20.—

Producentenmarkt vom 29. Oktober. Getreide. Die Getreidesätze zeigten ruhige Haltung. Meiste Preisbewegungen aus Oesterreich-Ungarn, sowohl als auch aus Amerika nahmen den Häufen jegliche Unternehmungslust, und die Abgeber von Vorktionen erklärten ihre Forderungen für Weizen um 1/2 bis 3/4 für Roggen 1/4, Runkel. Offertiert war guter Südmilchiger Roggen von Delfa und Alkolaja zu dem allerdings nicht rentablen Preise von 98½ ct Hamburg; prompte Abladung; Gewicht 90% Sub. Wehl war still und unverändert, Hafer behauptet, Mais fest. Wehl war per Oktober gut behauptet, Dezember still, Mais lebhaft gefragt und 30 Pf. höher. Spiritus 10 Pf. niedriger, 70er loco 32,80 M. Schluss: Weizen und Roggen 1/2 M. gebessert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Zweiter Wahlkreis. R. kann ruhig wählen, da er ja bloß deshalb für A. stimmt, weil er ihn für die Wahrung der kommunalen Interessen besser geeignet hält als den Gegenkandidaten. Kritisch muß er sich jeder Agitation enthalten.

Charlottenburg. Die Stadtkassa ist 1882 eröffnet worden.

H. R. Die Weibin im Central-Theater waren Japanerinnen. Die andre Frage können wir nicht beantworten.

E. K., Restaurateur. Die Reichsbank ist auf Privatkapital gegründet und die Anteilhaber erhalten die gesetzlich begrenzte Dividende. Sie ist aber keine Aktiengesellschaft, sondern eine öffentliche Anstalt des Reiches, die den für Aktiengesellschaften geltenden Gesetzesbestimmungen nicht unterliegt.

G. S. In der Kassestraße wählen die Bewohner der Häuser 12—45 im 34. Wahlbezirk. Die übrigen Häuser gehören zum 33. Wahlbezirk.

H. M. 17. Die politische wie die Kriminalpolizei von Schneberg und den meisten andern Berliner Bezirken ist vom Berliner Polizeipräsidium abhängig.

H. R. Der Ausdruck ist bildlich, d. h. vergleichsweise gebraucht. Fast alle Vergleiche hinken. Sind Sie auch nicht ganz zureichend, so sind Sie doch ihrer Kürze und Einfachheit wegen gelteit und sachlich auch erlaubt. Wird man in der Kritik dagegen zu scharf, so verhält man in Sozialpolitik. Dabei wird der Fehler des Angreifens schließlich größer als der des Angegriffenen ist.

R. A. 30. Die Notiz wandte sich nicht gegen Sie persönlich, sondern gegen einen leider weit verbreiteten groben Unfug. Es handelt sich nicht um die „Dummheit“, die gemacht ist, sondern um die Dummheiten, die für später verhindert werden sollen.

W. C., Stallverkäufer. Die Frage, „woher das Salz kommt“, läßt sich nicht huzend im Briefkasten beantworten. Sehen Sie in einer Zeitschrift, z. B. in der Germania, Alexandriastr. 29, das Verzeichnis nach.

G. 23. 15. G. A. 59. Dort wird in Ihren Falle nach Gütergemeinschaftlich geurteilt. Der Witwe fällt mehr als die Hälfte zu. — **G. Z. C. 1. Ja.** 2. Wenn Sie der Erbhoft innerhalb 6 Wochen in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form erklärt, nein; sonst ja. — **G. Z. 62.** Nein. Sie müssen eine Einweisung der Gewerbeverwaltung erwirken lassen. — **G. Z. 63.** Stillehalten hatten Sie für den Ihrem Stiefsohn angerichteten Schaden nicht.

Winnas 43. 1. 2. Der Führer durch das bürgerliche Gesetzbuch kostet ohne das Arbeiterrecht 2,50 M., mit dem Arbeiterrecht 5,50 M. (gebunden). Textausgaben des bürgerlichen Gesetzbuchs schwanken im Preise zwischen 30 Pf. und 3 M. 3. Keines von beiden. — **G. 35.** Sie wählen sich an den Magistrat wenden. Ihr Sohn thut gut, die Berliner Handwerkerliste zu benutzen. — **Amateurphotograph.** 1.—3. Ja. — **G. 8. 9.** Der Anspruch ist längt seit dem 22. August 1896 verjährt.

Volke 71. 1. Der Künstler, welcher in einem Total spielt, ist krankheits- und invaliditätsversicherungspflichtig. 2. Zufänglich ist die Orts- resp. Jungens-Krankenkasse der Holzwerke und verwandten Gewerbe. Das Kasienhotel der Orts-Krankenkasse befindet sich Juelstr. 6, das der Jungens-Kasse Marzgrafstr. 88. 3. Die Naturalisation eines Ausländers (Nichtberufener) ist bei der Polizei zu beantragen. Ein Recht auf Naturalisation hat ein Ausländer nicht. — **Syrenberg.** Der Kandidat muß das 24. Lebensjahr vollendet haben. Die Erfordernisse zur Ausübung des Wahlrechts und der Wählbarkeit sind bis auf die Bestimmungen in §§ 16 und 17 der Städte-Ordnung dieselben. Die Erfordernisse zur Ausübung des Wahlrechts enthält § 5 der Städte-Ordnung. 2. Nach dem Gewerbebesitzer-Gesetz ist der Gewerbebetrieb nur dann steuerfrei, wenn weder der Erlös 1500 M. noch das Geschäftskapital 3000 M. erreicht. Zur Steuerklasse IV gehören die Betriebe mit einem Jahresertrage von 1500—4000 M. oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3000—30 000 M. Der Steuerlaß für Klasse IV beträgt 7—36 M. — **99.** Ein Testament, das unter Angabe des Orts und Tages eigenhändig ge- und unterzeichnet ist, ist gültig. Beispiele für solche Testamente finden Sie unter Nr. 55—59 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Führers. Das „Arbeiterrecht“ liegt in den öffentlichen Verhältnissen aus. — **Grabensee.** 1. Das ist nicht zureichend. Den Anspruch an Invalidenrente verliert ein in einer Heilmühle der Versicherungsanstalt aufgenommen, wenn er sich bei den von der Versicherungsanstalt getroffenen Maßnahmen ohne gesetzlichen oder sonst irrtigen Grund entziehen hat, wenn er ferner auf die Möglichkeit der Anzeigung hingewiesen ist und wenn endlich noch nachgewiesen ist, daß die Erwerbunfähigkeit durch sein Verhalten veranlaßt ist; alle diese Voraussetzungen müssen zusammengetreten. 2. Nein, es ist denn, daß eine Entscheidung auf Anerkennung der Rente bereits vor dem Tode vorliegt. — **A. G.** Ja